

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de



1 / 2007

Die Akademie wird 50:

Auftakt zum Jubiläumsjahr

Herausforderungen durch globale Umbrüche annehmen

Mit einer Reihe von Veranstaltungen eröffnete die Akademie das Jubiläumsjahr aus Anlass ihrer Gründung vor 50 Jahren. Den Auftakt bildete ein Mediengespräch im Münchner Presseclub. Nach Erläuterungen zum Programmschwerpunkt des Jahres 2007 „Was unsere Gesellschaft zusammenhält“ gab es Rück- und Ausblicke sowie eine Analyse der aktuellen Situation der politischen Bildung. Neben dem früheren Bundesminister und SPD-Vorsit-

Während der Tagung „Kraftzentrum der Demokratie“ zeichnete Hans-Jochen Vogel gemeinsam mit den Zeitzeugen aus der Gründerzeit Hildegard Hamm-Brücher und Wilhelm Ebert die Entstehungsgeschichte der Akademie während der Vierer-Koalition nach und diskutierte die Zukunftsperspektiven politischer Bildung (**Seite 6**).

Der Historiker Karl-Ulrich Gelberg hatte akribisch geforscht und förderte manch bislang unbekanntes Detail aus der Frühzeit der Akademiegründung zu Tage. Er verwies vor allem auf den heftigen Widerstand der damaligen CSU-Opposition gegen das Akademiegesetz (**Seite 5**).

Auf der gleichen Tagung hatte die Zeithistorikerin Helga Grebing an den geistigen Gründervater der Akademie, den damaligen bayerischen SPD-Vorsitzenden Waldemar von Knoeringen, erinnert (**Seite 4**).

Seinem Denken und Wirken widmete sich auch eine Ausstellung im Foyer der Akademie, die vom Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung zu

seinem 100. Geburtstag im Oktober 2006 gestaltet wurde (**Seite 11**).

Über den Sinn von Akademien und die Herausforderungen und Zukunftsperspektiven politischer Bildung in Zeiten der Mediendemokratie und globaler Umbrüche sprach Akademiedirektor Heinrich Oberreuter (**Seite 7 bis 10**).

Michael Schröder

Editorial

Die Akademie, ein „geistig-pädagogisches Kraftzentrum für die gesamte politische Bildungsarbeit“, begeht 2007 ihr 50. Jubiläum. Am 27. Mai 1957 beschloss der Bayerische Landtag das Gesetz zu ihrer Errichtung, das ihr eine einmalige Unabhängigkeit sowie weite, offene und interessante Tätigkeits-, Bildungs- und Forschungsfelder eröffnete.

Die Gründer waren bewegt von der Sorge um die Demokratie und ihre unzureichende Verankerung im Volk und von der Herausforderung, „den in die demokratische Freiheit hineingestellten Staatsbürger zu einem mitdenkenden, zu einem zuverlässigen und zur Verteidigung bereiten Bewahrer dieser Freiheit zu erziehen“.

Heute sind die Zeitumstände gewandelt. Die Herausforderungen mögen andere Ursachen haben und von anderer Art sein. Aber substantiell sind sie geblieben. Die Freiheit, die diese Akademie nach dem Gesetz auszeichnet, verpflichtet sie zu ausgezeichneter Arbeit. Wir bemühen uns darum, oft erfolgreich, manchmal auch nicht, aber hoffentlich stets engagiert. Schließlich kann das Bemühen um die Demokratie kaum perfekter sein als diese selbst.

Wie immer freuen wir uns darauf, Sie für die Akademie und ihren Auftrag zu gewinnen, in diesem Jahr natürlich besonders.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter



Von Hans-Jochen Vogel (links) stammten wesentliche Teile des Akademiegesetzes. Heinrich Oberreuter verteidigte politische Bildung in Akademien gegen die Herausforderungen durch Mediendemokratie und Globalisierung und forderte mehr Rationalität im politischen Diskurs.

Foto: ms

zenden Hans-Jochen Vogel, der maßgeblich am Akademiegesetz mitgewirkt hatte, nahmen auch die Vorsitzenden von Kuratorium und Beirat, Hans Maier und Karl-Heinz Eisfeld daran teil (**siehe den Bericht auf Seite 3**).

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Auftakt zum Jubiläumsjahr:</i>	
Gefahren der Stimmungsdemokratie bekämpfen	3
„Kraftzentrum der Demokratie“	4
Ein langer Weg zum guten Ende	5
„Demokratie muss geübt und gelernt werden“	6
Sich über die Lauheiten des Zeitgeistes hinwegheben	7
„Den Menschen durch Bildung mündig machen“	11
<i>Im Archiv gestöbert:</i>	
Ein Dachumbau mit Folgen	12
Zwischen Nadelstreifen und Springerstiefeln	14
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage	17
Alles läuft wie geschmiert	18
Im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit	20
Die Zukunft des Handys als Universalkommunikator	22
Medienmacht und Machtmissbrauch	24
Politische Akademie stand Pate für „Kritische Akademie Inzell“	25
Dem Raubtier auf die Zähne gefühlt	26
<i>Aus der Bibliothek:</i>	
Wörter zum Geleit	29
Mehr politische Gestaltung gefordert	30
Den Westen im Visier	32
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i>	
Absage an eine Europäische Verfassung	34
Jahresbibliografien 2006	36
Pressespiegel	38
Themen – Tagungen – Termine	40
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	44

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.

Internationale Politik

Stefan **Köppl**, M.A.

Pers. Referent des Direktors

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,

Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.

Gesellschaft und Umwelt,

Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**, M.A.

Politische Ethik, Grundwerte

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Karin **Siebert**, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH

Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Gefahren der Stimmungsdemokratie bekämpfen

„Tutzingener Akademie hat eine weltweite Sonderstellung“

Mit einem Mediengespräch im Münchner Presseclub eröffnete die Akademie ihre Veranstaltungsreihe zum 50-jährigen Bestehen. Gleichzeitig gab es Rück- und Ausblicke sowie eine Analyse der aktuellen Situation der politischen Bildung.

Hans-Jochen Vogel, der entscheidend am Gesetzentwurf zur Akademiegründung mitgewirkt hatte, betonte die wesentliche Rolle des damaligen bayrischen SPD-Vorsitzenden Waldemar von Knoeringen als geistigem Motor der Akademiegründung. Seinen Initiativen und Gesprächen mit Arnold Bergstraesser, Thomas Ellwein, Franz Fendt, Wilhelm Ebert, Alfred Marchionini und Hildegard Hamm-Brücher habe man diese Akademie zu verdanken, die am Ende der Regierungszeit der Vierer-Koalition gegründet wurde.

Verbindung mit Wissenschaft

Auch der Kuratoriumsvorsitzende Hans Maier hob hervor, dass mit dieser Akademie damals in vielfacher Hinsicht Neuland betreten wurde: „Die Verbindung von Wissenschaft, allgemeiner Bildung und Öffentlichkeit kannte man bis dahin so nicht.“ Auch das bewusste Einbinden der Opposition bei der Berufung der Kuratoren („die geistige Oberleitung“) sei einzigartig und fortschrittlich gewesen. Mai-

demie im Kampf gegen „die Verschlagwortung der Politik und den Reduktionismus der Politik“: „Die Gefährdungen durch ein Anwachsen der Stimmungsdemokratie können nur langfristig durch politische Bildung unterlaufen werden.“ Er forderte, das Dienstleistungsverständnis der Politiker zu stärken. Auch heute müsse für die Bewahrung der Demokratie gekämpft werden: „Es gibt leider kein vererbbares Demokratie-Gen“, sagte Eisfeld. „Politische Bildung bleibt eine immerwährende Aufgabe!“

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter stimmte dem zu und meinte: „Unsere Aufgaben sind noch nicht erledigt.“ Als Beispiele führte er an den politischen Extremismus, Vorurteile gegenüber dem politischen Betrieb und Personal sowie Vorbehalte gegenüber den Parteien: „Heutige demoskopische Befunde über Parteien und Parlamentarismus gleichen den negativen Meinungen der 50er Jahre.“ Oberreuter sieht gerade bei der Bildung die Notwendigkeit, sie als Grundlage der Selbstentfaltung gegen kommerzielle Zwänge zu verteidigen. Ziel politischer Bildung sei Partizipation des Einzelnen und in Zeiten der Mediendemokratie müsse die Rationalität gegen schnelle Aufgeregtheiten und die Kurzatmigkeit des Fernsehzeitalters gesetzt werden: „Inhalte müssen wieder vor Image rangieren.“ Und zur politischen Bildung gehöre eben auch die Vermittlung einer normativen Orientierung.



(von links:) Bundesminister a.D. Hans-Jochen Vogel, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Pressereferentin Karin Siebert, Kuratoriumsvorsitzender Hans Maier und Beiratsvorsitzender Karl-Heinz Eisfeld.

Foto: ms

Die CSU-Opposition konnte sich mit dem Akademiegedanken zunächst nicht anfreunden und brachte einen Gegenentwurf im Landtag ein. „Pluralismus und Überparteilichkeit, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit vom Staat und schließlich auch die Mitbestimmung des Dozentenkollegiums sind außerordentlich“, betonte der frühere SPD-Vorsitzende und Altoberbürgermeister von München. Sein Fazit: „Wenn Waldemar das alles sehen könnte: Er wär’s zufrieden.“

er betonte die große Kontinuität der Führung in den letzten 50 Jahren: „Wir haben nur drei Direktoren und drei Kuratoriumsvorsitzende gebraucht.“ Er glaube, dass häufig „Wirkung in der Stille“ erzielt werde. So habe Dolf Sternberger den Begriff „Verfassungspatriotismus“ bei der 25-Jahr-Feier geprägt. Jürgen Habermas habe ihn danach schlicht übernommen und populär gemacht.

Der Beiratsvorsitzende Karl-Heinz Eisfeld sieht die aktuelle Aufgabe der Aka-

demie. Das Gesetz gebe der Tutzingener Akademie eine weltweite Sonderstellung und ein markantes Alleinstellungsmerkmal, sagte der Akademiedirektor. Deswegen müsse das Abgleiten in Routine verhindert werden. „Wir haben auch einen Forschungsauftrag und wir brauchen die Rückbindung an die Wissenschaft.“ ■

Michael Schröder

(siehe Pressestimmen Seite 38)

„Kraftzentrum der Demokratie“

Die Akademie reflektiert über ihre Vergangenheit und Zukunft

Am Beginn des Jubiläumsjahres unserer Akademie stand eine Tagung, auf der zusammen mit Zeitzeugen und Historikern über die Gründungsgeschichte, die Intentionen dieser Einrichtung und die Zukunftsperspektiven politischer Bildung im Allgemeinen und der Akademie im Besonderen reflektiert wurde.

„Das Gespräch ist die Seele der Demokratie“

Zum Auftakt zeichnete die Göttinger Zeithistorikerin und Zeitzeugin Helga Grebing Leben, Wirken und Denken des geistigen Gründervaters der Akademie, Waldemar von Knoeringen, nach.

Anders als manche, die erst im Laufe der Zeit die Gefahren erkannten, war Waldemar von Knoeringen von Anfang an ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, was ihn bis 1933 in Deutschland und nach der Machtübernahme Hitlers im Exil mit vollem Einsatz und auch Risiko gegen die Nazis kämpfen ließ. Gleichzeitig war er ein unnachgiebiger Gegner des Kommunismus. Auch hier erkannte er früher als andere, dass der Kommunismus das Gegenteil dessen war, was die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wollte. Der Kommunismus werde an seinem Menschenbild scheitern, da dem einzelnen Menschen kein eigener Wert und keine eigene Freiheit beigemessen werde, schrieb Knoeringen.

Zentral für das Wirken Waldemar von Knoeringens nach dem Krieg war die Erkenntnis, dass die Bildung der Menschen die Grundlage für die Demokratie sein muss. Daraus erwuchs das Engagement für die politische Bildung im Allgemeinen und für Institutionen wie die Akademie für Politische Bildung in Tutzing und die Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel im Besonderen. „Das Gespräch ist die Seele der Demokratie“ – Dieser Satz, der in seinem Lebenswerk immer wieder auftaucht, veranschaulicht den Grundgedanken der Akademien: Im Gespräch

der Bürger untereinander, auch zusammen mit Politikern und Experten, sei das demokratische Bewusstsein zu pflegen und zu fördern.



Die Historikerin Helga Grebing kannte Waldemar von Knoeringen noch aus der unmittelbaren Zusammenarbeit. Fotos: Schröder

Pragmatische Position

Das Handeln des Sozialdemokraten in den Nachkriegsjahren war nach Grebing von folgenden Kernpositionen geleitet:

- Er kam schon früh zu der Erkenntnis, dass das Denken und Handeln in nationalstaatlichen Grenzen am Ende sei und der Übergang in eine zweite industrielle Revolution bevorstehe. Er

sah damit Entwicklungen voraus, die wir heute in Begriffe wie Globalisierung und Wissensgesellschaft fassen. Aber auch ein Rückfall in die Barbarei sei möglich.

- Der demokratische Sozialismus sei nicht als Religionsersatz zu verstehen, auch nicht als eine Weltanschauung im Sinne einer Gesamtbeachtung des Menschen und der Welt, sondern vielmehr als eine politische Zweckbestimmung für das konkrete politische Handeln. Diese unideologische und pragmatische Position ließ Waldemar von Knoeringen auch zu einem wichtigen Brückenbauer zwischen der Sozialdemokratie und der katholischen Kirche werden, eben weil ihm Ansprüche auf alleinige Geltung der eigenen Weltanschauung fremd waren.

- Als Wert an sich hingegen sah er die Demokratie, die sich in einem inhaltlichen Wandlungsprozess befindet: Sie sei nicht nur ein politisches Organisationsprinzip, sondern in allen Bereichen des Lebens auszugestalten – eine Position, die direkt zum Schlagwort von der „Mobilisierung der Demokratie“ führte. Hierbei sah er allerdings auch schon das Problem einer Verunstaltung der Demokratie durch die Massenmedien.

Aufbauend auf diesen Kerngedanken wurde Waldemar von Knoeringen zum Vordenker, Erneuerer und Modernisierer nicht nur der eigenen Partei – wie beim Godesberger Programm –, sondern der ganzen Gesellschaft. Ein intellektueller Kopf, der seiner Partei im Denken oft weit voraus und dennoch im Alltag ein geschickt taktierender Tagespolitiker war. Sein enormer Beitrag zur Stabilisierung der noch jungen Demokratie ist kaum hoch genug zu schätzen. ■

Stefan Köppl

Bibliografischer Hinweis: Waldemar von Knoeringen 1906-1971. Ein Erneuerer der deutschen Sozialdemokratie. 2 Bände, herausgegeben von Helga Grebing und Dietmar Süß. vorwärts buch, Berlin 2006. ISBN 3-86602-290-5, 29,80 €.

Die Bücher sind auch kostenlos erhältlich bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit:

<http://www.km.bayern.de/blz/publikationen/katalog/details.aspx?500107>

Ein langer Weg zum guten Ende

Scharfe Kritik der CSU am Akademiegesetz

Der Zeithistoriker Karl-Ulrich Gelberg von der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften in München hat die Gründungsgeschichte der Akademie für Politische Bildung aufgearbeitet. Er referierte seine Forschungsergebnisse. Der vollständige Aufsatz wird in der im Juni 2007 erscheinenden Festschrift zum Akademiejubiläum publiziert.

Wichtig für die Entstehung war der politische Kontext: Die Viererkoalition aus SPD, FDP, Bayernpartei und GB/BHE fand ihren gemeinsamen Nenner in der Bildungspolitik, nicht zuletzt angeregt durch den führenden Akteur und Wegbereiter der Koalition, Waldemar von Knoeringen. Nachdem das Projekt der Akademisierung der Volksschullehrerbildung am Widerstand der Kirchen gescheitert war, rückte das Gesetz zur Errichtung einer Akademie für Politische Bildung in den Vordergrund.

Im Jahre 1955 fanden bereits zwei Tagungen des „Grünwalder Arbeitskreises“ (besetzt mit Vertretern aus Wissenschaft, Bildungsarbeit und Politik) statt, auf denen über eine Akademie für Politische Bildung beraten wurde. Schon in der ersten Denkschrift hieß es: „Politische Bildung ist richtig verstanden das Gegenteil von politischer Propaganda und ist mehr als politische Aufklärung. Sie führt zur freien, verantwortlichen Urteilsbildung des politisch mündigen Menschen“ – ein Gedanke, der Richtschnur für die weitere Debatte werden sollte.

Startschuss

Nach der zweiten Tagung wurden bereits konkrete Empfehlungen über Adressaten, Aufgaben, Arbeitsweise und Organisation der neu zu schaffenden Akademie formuliert.

Im Januar 1956 fiel der Startschuss für das Gesetzgebungsverfahren: Ministerpräsident Hoegner kündigte in seiner zweiten Regierungserklärung an: „Wir müssen in gemeinsamer Arbeit



Karl-Ulrich Gelberg zeichnete die Gründungsgeschichte der Akademie für Politische Bildung nach.

Foto: ms

ein Gesetz zur Errichtung einer Akademie für Politische Bildung schaffen“.

CSU: Verweigerung

Doch waren die Bemühungen um einen Konsens aller im Landtag vertretenen Parteien erfolglos; die CSU verweigerte ihre Zustimmung zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf, der schließlich nur von den Parteien der Viererkoalition am 12. April 1956 eingebracht wurde.

In der Einbringungsdebatte charakterisierte die FDP-Abgeordnete Hildegard Brücher die neue Einrichtung als „geistig-politisches Kraftzentrum für die gesamte politische Bildungsarbeit“.

Seitens der CSU-Opposition brachte Hanns Seidel vier Kritikpunkte hervor: Die geplante Akademie sei überflüssig,

zu wenig wissenschaftlich, der Gefahr parteipolitischer Missionierung ausgesetzt und letztlich auch die Finanzierung fraglich.

Die Wellen der Diskussion schlugen im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens hoch, die Positionen verhärteten sich. Neben der Konkurrenz von Regierungsmehrheit und Opposition spielten auch grundsätzliche Erwägungen eine Rolle, so das Argument, der Staat habe politische Bildung zwar zu fördern, sie aber nicht selbst zu betreiben.

„Nationalsozialistische Ordensburg“

Den Höhepunkt erreichte die Schärfe der Auseinandersetzung wohl in einer Äußerung des Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses und CSU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Prälat Georg Meixner, der in der neuen Akademie gar ein „Wiederaufleben nationalsozialistischer Ordensburg“ sah. Trotz allem stand die Viererkoalition geschlossen hinter der Akademie und verabschiedete das entsprechende Gesetz, das am 27. Mai 1957 in Kraft trat.

Doch waren damit noch nicht alle Fragen gelöst. Der Standort Tutzing wurde fast zufällig gefunden: Die Sozialpolitische Schule der LVA Oberbayern stand gerade leer und schien perfekt geeignet für die neue Akademie.

Schwieriger war die Erstbesetzung des Kuratoriums, da es um Personen und Proporz ging. So dauerte es noch drei Monate nach der Verabschiedung des Gesetzes bis zur konstituierenden Sitzung des Kuratoriums und danach noch fast ein Jahr, bis im Oktober 1958 der erste Direktor Felix Messerschmid sein Amt antreten konnte. ■

Stefan Köppl

„Demokratie muss geübt und gelernt werden“

Zeitzeugen erinnern sich an die Gründung der Akademie

Eine lebhafte Debatte unter Zeitzeugen über die Entstehung und Zukunft der Akademie für Politische Bildung stand im Mittelpunkt der Tagung „Kraftzentrum der Demokratie“, die am Beginn des Jubiläumsjahres stand. Hildegard Hamm-Brücher, Hans-Jochen Vogel und Wilhelm Ebert tauschten Erinnerungen an die Zeit der Vierer-Koalition aus und entwarfen Perspektiven für die zukünftige Arbeit.

Hans-Jochen Vogel, der als Referent in der Staatskanzlei am Gesetzentwurf mitwirkte, erinnerte einmal mehr an die prägende Rolle Waldemar von Knoeringens bei der Entstehung der Akademie. Zu Beginn der Regierung Hoegner sei die Akademie nicht das zentrale Thema gewesen. Sie stand am Ende der Regierungserklärung mit 17

Die frühere FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher war damals Landtagsabgeordnete und betonte, dass „Demokratie immer von der Pike auf gelernt“ werden müsse: „Die bayerische Nachkriegsdemokratie war uns geschenkt worden. Sie war in den 50er Jahren gefestigt, aber nicht verwurzelt.“ Demokratie sei auf Dauer ohne politische

Konfessionalismus der CSU und trat ein für eine überkonfessionelle und universitäre Lehrerbildung: „Wir wollten den Staat nicht mehr als verlängerten Arm der Kirche!“ Deswegen war auch die als parteipolitisch neutral gedachte Akademie dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Prälat Meixner ein Dorn im Auge: „Im Mittelpunkt der Akademie steht der Gedanke der Toleranz. Meixner hielt dagegen: ‚Wir haben die Wahrheit – wir brauchen keine Toleranz‘“, erzählte Ebert.

Hildegard Hamm-Brücher wünschte sich für die Zukunft ein neues Standbein der Akademiearbeit: „Demokratie muss in der Schule eingeübt und



Hans-Jochen Vogel: Prägende Rolle Waldemar von Knoeringens bei der Entstehung der Akademie.

Punkten. Der Staatsrechtler Hoegner war wohl gegenüber dem philosophisch veranlagten Knoering und seinen hochfliegenden Plänen etwas skeptisch; aber der ließ nicht locker. Vogel hob hervor, dass es nach dem Ende der Vierer-Koalition Versuche der CSU gab, das Akademiegesetz wieder zu ändern oder auf Eis zu legen: „Es ist das Verdienst vom CSU-Ministerpräsidenten Hanns Seidel, das es dazu nicht kam.“ Vogels Bilanz der letzten 50 Jahre Akademiearbeit fiel positiv aus: „Wenn die Gründerväter und –mütter herabschauen könnten: Sie wären’s zufrieden.“



Eine lebhafte Debatte unter Zeitzeugen über die Entstehung und Zukunft der Akademie: Hildegard Hamm-Brücher und Wilhelm Ebert. Fotos: ms

Bildung unvorstellbar. Aber das Interesse an diesen Themen „war gleich Null. Ich war enttäuscht und beschämt, wie wenig sich die Öffentlichkeit mit politischer Bildung befasste.“

Der Ehrenpräsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Wilhelm Ebert, war von Beginn an in den Gesprächskreisen um die Gründung der Akademie dabei. „Der Wahlkampf 1954 wurde von Knoering mit der Parole ‚Licht übers Land‘ gegen die klerikal-konservative Kultur- und Bildungspolitik Alois Hundhammers geführt.“ Der Kreis um Knoering wandte sich gegen den

gelernt werden. Jugendliche müssen zur Demokratie erzogen werden. Das Projekt ‚Lernstatt Demokratie‘ geht in diese Richtung, konnte aber leider bisher in Bayern nicht landen. Die Akademie wäre eine gute Heimat für dieses Projekt.“ Hans-Jochen Vogel forderte noch mehr und breitere Öffentlichkeitsarbeit. Auch der Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit verwandten Einrichtungen müsse noch intensiver werden. Hamm-Brücher pflichtete ihm bei: „Ein Verbundsystem aller politischen Bildungseinrichtungen ist längst überfällig.“ ■

Michael Schröder

(Siehe Pressestimmen Seite 39)

Sich über die Lauheiten des Zeitgeistes hinwegheben

Von den Zukunftsperspektiven politischer Bildung

Von Heinrich Oberreuter

Was soll politische Bildung in der freiheitlichen Demokratie? Sie sollte Orientierungswissen zur Verfügung stellen, dieses politische System und seine Kultur zu erkennen, zu verstehen und sich in ihm zu verhalten – nicht zuletzt auch partizipatorisch. Ob das Individuum die ihm ermöglichte Rolle als Staatsbürger annimmt oder nicht, bleibt ihm in einem freiheitlichen Gemeinwesen überlassen. Aber man kann sich speziell Demokratie nicht vorstellen ohne Demokraten, die jedoch informiert, gebildet und erzogen werden müssen. Ohne diese politische Dimension wäre es z. B. der antiken Philosophie nicht eingefallen, überhaupt von geglückter Bildung eines Menschen zu sprechen.

Politische Bildung soll in der Praxis auch Kompetenz begründen, im Strudel des Wandels nicht unterzugehen. Dazu bedarf sie der kritisch urteilenden Eigenständigkeit gegenüber der Politik und gegenüber Zeitgeistthemen – eben die Fähigkeit zu rationaler Urteilsbildung. Politische Bildung kann sich also nicht abhängig machen von jedem Paradigmenwechsel...

Unabhängig, geistig, selbständig – so sind Akademien seit je definiert. In Zeiten von Mainstream-Hörigkeit und medialer Verflachung lohnt es sich, über diese Orientierungen nachzudenken. Denn Akademien als Räume nachdenklichen Gesprächs erfüllen ihren Sinn nur dann, wenn sie sich ständig und dauerhaft – nachhaltig – über die Lauheiten des Zeitgeistes und des Zeitgesprächs hinwegheben.

I. Sinnkrise der Akademiearbeit?

Die Zeiten sind einmal anders gewesen. Nach der bitteren Erfahrung von Krieg und Diktatur hatten Akademien

als Foren des offenen Gesprächs und der Auseinandersetzung mit aktuellen Zeit- und Lebensfragen eine Renaissance erlebt – nicht von ungefähr im kirchlichen Raum. Wissenschaftliches Niveau, Interdisziplinarität und Pluralität der Meinungen und Positionen sollten im Dienst des Dialogs zwischen Glauben und Welt stehen. Sie sollten zu Information, Meinungsbildung und – ganz wesentlich – auch zur Wertver-



Heinrich Oberreuter: „Wir brauchen nicht nur Anwendungskompetenz.“

Foto: ms

gewisserung beitragen. Diese Funktionen sind ja nicht an Religion und Kirche gebunden. Sie lassen sich auch ohne beide wahrnehmen. Aber ganz gewiss lassen sie sich nicht ohne normative Orientierungen erfüllen.

Auch die hiesige Akademie hat ihren Ursprung in der fruchtbaren geistigen Unruhe der Nachkriegszeit. Sie ist platonisch, insofern Platons Akademie die Rechtsform eines Kulturvereins hatte und auch unserer Akademie Selbständigkeit garantiert ist. Sie ist nicht platonisch, insofern sie von Beginn an aus dem heiligen Hain, dem parkähnlichen umzäunten Bezirk, ausbrach, um in die Gesellschaft zu wirken und der jungen Demokratie eine Zukunft, um auch ihren Bürgern eine aktive Rolle zu geben oder sie ihnen wenigstens schmackhaft zu machen. Wie andere auch, folgte sie dem Leitbild, dass die

Was kann und soll politische Bildung unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen leisten? Hat eine die Rationalität des Diskurses betonende politische Bildung in Akademien überhaupt noch eine Zukunft im Zeitalter der von Aufgeregtheit beherrschten Mediendemokratie? Diesen und anderen grundsätzlichen Fragen widmete sich Akademiedirektor Heinrich Oberreuter auf der Tagung „Kraftzentrum der Demokratie“. Wir dokumentieren seinen Vortrag in Auszügen. Die vollständige und ergänzte Fassung erscheint in der Festschrift zum Akademiejubiläum im Juni 2007.

ms

Wissensvermittlung über gesellschaftliche und politische Zusammenhänge von einer wertorientierten Einschätzung begleitet zu sein hat: Ja, natürlich. Nur muss die Gesellschaft auch Einsicht in diese Notwendigkeiten besitzen. Damit sind wir schon mitten in den Herausforderungen, denen sich Akademien heute konfrontiert sehen und die nicht erst bei Wertfragen und Wertewandel beginnen...

Fieberstöße

Sinnkrisen der Gesellschaft wirken anscheinend der Sinnkrise der Akademien entgegen. Ihre Anstöße werden wieder gebraucht. Und vieles, was in ihnen geschieht, ist bedeutsam wie je, ohne sogleich und regelmäßig öffentlich wahrgenommen zu werden. Man könnte auch konstatieren, dass selbst-



verständliche Funktionswahrnehmung heute nichts Sensationelles mehr ist. Ebenso drängt sich die Gegenfrage auf, ob die intellektuelle Wochenendshow, die Gott und die Welt in die Luft wirbelt und montags – nach dem entsprechenden Medienbericht, versteht sich – in kläglicher Erdverbundenheit wieder der Vergessenheit anheim fällt, nicht auch der erstrebten Geistigkeit und Zeitgeistunabhängigkeit widerstreitet: ein akademisch-gesellschaftlicher Fieberstoß, der vergeht – ohne nachhaltige Wirkung. Gleichwohl provozieren wir alle derartige Fieberstöße...

gument und dem Argumentieren verpflichtet, sondern der Show. Alle Akademien tun sich schwer, den Faktor Prominenz regelmäßig zu bedienen – und dieser Art TV-Dramaturgie zu folgen, verbietet sich für sie von selbst. Weniger schwer tun wir uns mit dem Faktor „Sachverstand“, der, fern der Show, nicht immer hilfreich ist bei der Mobilisierung von Publikum. Und wenn das Publikum sich dann doch einstellen sollte, bedarf es oft erst einer gewissen Phase der Eingewöhnung in Stil und Formen eines akademischen, vernunftorientierten Dialogs, um diesen dann – einen ausgehalte-

liche Klima ist nicht mehr geprägt vom Humboldtschen Bildungsideal, in dessen Zentrum die Menschenbildung, die Bildung der Persönlichkeit jedes Einzelnen, um „Kraft zur Selbständigkeit“ zu erwerben, und auch eine allgemeinbildende Orientierung standen. Wie viel „Akademie“ sich unsere Gesellschaft leisten will, hängt nicht zuletzt ab von dem Grad an Kommerzialisierung, den sie bestimmend ins Bildungssystem Einzug halten lässt. Dass gerade die moderne Wissensgesellschaft die Bedeutung bedarfsorientierter Qualifizierungen reduziert und nach Selbstverantwortung, Allgemeinbildung und nach – auch politischen und sozialen – Schlüsselqualifikationen verlangt, um Zukunftsfähigkeit zu entwickeln, hat sich im Getriebe der Politik und Interessenverbände noch nicht herumgesprochen. Erst recht stoßen sich Nützlichkeitsabwägungen und Wertorientierung. Im Übrigen führt Bildung im pluralistischen Chor bei der Verteilung von Mitteln nicht die stärkste Stimme, weil hinter ihr kaum Organisationsmacht steht. Gelegentlich hat man den Eindruck, ihre Bedeutung werde sonntags unterstrichen, alltags aber eher als disponibel eingeschätzt. Mittelknappheit schafft dann allerdings Ungewissheiten, Wettbewerbsnachteile gegenüber medialen Institutionen der Sinnorientierung und sicher auch Qualitätseinbußen.



Zeichnung: Liebermann

Die Thematisierungsfunktion für das Zeitgespräch der Gesellschaft ist weithin an die Medien übergegangen. Diese bestimmen gegenüber der Öffentlichkeit auch primär über Prominenz, Reputation und Expertise. Damit setzen sie zugleich zwanghafte Maßstäbe für die Außeneinschätzung von Akademieattraktivität. Zudem verändern sie die Kommunikationskultur. Jede TV-Diskussion, auf Dynamik, „Drive“ und Kontroversen angelegt, bezeugt den Missbrauch des Sachverstands und die Vernachlässigung von Rationalität in dieser Arena: Auch bei „großen Fragen“ ist sie nicht dem Ar-

nen, längeren Argumentationsbogen samt der Möglichkeit, darauf zu reagieren – umso mehr zu schätzen. Gleichwohl ist die televisionäre Kommunikations(un)kultur für die Akademien wie für die Gesellschaft die tiefgreifendste Veränderung.

Kommerzialisierung der Bildung

Eine zweite Veränderung ist die fortschreitende Instrumentalisierung der Bildung als Dienstleistung im Kontext wachsender Priorität wirtschaftlicher Nützlichkeitsabwägungen. Das öffent-

Rationalitätsverluste

Bedeutsam erscheinen Differenzen zwischen Medien, Politik und Akademiewelt. Daran ist zunächst nichts Negatives, wenn das Besondere einer Akademie anerkannt und akzeptiert bleibt, ja gefördert und gefordert wird. Aber genau hier liegt das Problem, die dritte tiefgreifende Veränderung: Rationalitätsverluste unseres öffentlichen Diskurses, die ja bereits angedeutet worden sind. Bildungsprozesse sind der Rationalität verpflichtet. Nun können ohne Zweifel moderne Medien Bildungsprozessen dienstbar gemacht werden. Aber die Medienwelt, die unsere Wirklichkeit weithin bestimmt und konstruiert, folgt ganz anderen als Rationalitätskriterien. Die Superideologie des Mediendiskurses ist die Unterhaltung. Dem ist z. B. auch das Politische

untergeordnet. Die elektronisch hoch sensibilisierte Nation wird beständig durch neue Reize stimuliert. Auf der Strecke bleiben nicht nur die Kontinuität, nicht nur die Möglichkeit, sich adäquate Weltsicht zu erwerben – auf der Strecke bleibt zumeist immer öfter schlicht die (politische) Rationalität.

Sehr zugespitzt ausgedrückt: Wenn der Bildschirm zur wichtigsten allgemeinen Informationsquelle wird, braucht man des Lesens und Schreibens nicht mehr kundig zu sein, um das Gefühl zu entwickeln, Bescheid zu wissen. Ständig dramatisierende Optik, Authentizität vortäuschende Bilderfolgen und vereinfachende Inhalte, auch die schlichte Personalisierung komplexer Problemfelder, verhelfen auch so zu diesem Gefühl. Im Übrigen hat diese Entwicklung auch die Politik selbst verändert: der Zwang zur Darstellung auf der Medienbühne, die Anpassung an medienbedingte Darstellungsformen, besitzen offensichtlich auch Rückwirkung auf die Politikführung selbst...

Alles, was die Gesellschaft aufgrund dessen zu entbehren hat, müsste ihr im Akademiesdiskurs angeboten werden. Schon die angemessene Sicht der Gegenwart ist ein ernster Gegenstand – von der Zukunft ganz zu schweigen. Rationalität stiften heißt, das Erregungsklima herunterzuregulieren. Akademien können gar nicht zentrale Foren dieser Art überreizter und überhitzter Kommunikation sein...

II. Umbrüche als Aufgabe

Die Wissensgesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass die klassischen Arbeitsformen durch den Einsatz von Wissen und Kapital relativiert oder gar ersetzt werden. Wenn aber Wissen zum wichtigsten Produktionsfaktor der Zukunft und zur Determinante eines florierenden Arbeitsmarktes geworden ist, dann setzt die Qualifizierung unserer Bevölkerung für diese Wissensgesellschaft Veränderungen in allen Bereichen des Bildungssystems voraus. Der Rohstoff Geist ist eine nachwachsende Ressource nur dann, wenn man ihn pflegt.

Das setzt Sparstrategien Grenzen. Der letzte Harvard-Präsident hat lapidar festgestellt: „Versuchen Sie es mit Dummheit, wenn Ihnen Bildung zu teuer ist.“ Auf diesem Hintergrund bleibt einem nur Staunen, wohin gelegentlich der fiskalische Rotstift gelenkt werden soll.

Man sehe sich einmal die Diskrepanz von Bildungsbeschwörung und öffentlichem Mitteleinsatz an, der eher stagniert. Man schaue auf die Probleme der Qualifizierung für den modernen Arbeitsmarkt, der die Niedrigqualifizierten mit Konsequenz aussperrt – und nicht zuletzt betrachte man den Faktor Bildung und Erziehung in seiner Bedeutung für die gesellschaftliche Integration. Und man nehme endlich

einmal ernst, worüber wir seit drei Jahrzehnten im Wesentlichen nur reden, und was wir ohne Institutionen der Erwachsenenbildung niemals auch nur halbwegs befriedigend realisieren können: die Notwendigkeit lebenslangen Lernens, lebensbegleitenden Lernens. Experten sind sich aber auch einig, dass diese Art lebenslangen Lernens am ehesten gelingt, wenn ihr die Erziehung zu selbständiger Lebensführung vorausliegt – erneut eine Erkenntnis, die der ökonomischen Verzwirkung entgegensteht und auch auf eine Akademie abzielt, die sich mit Politik und Gesellschaft beschäftigt...

Normative Orientierung

Die Förderung von Selbständigkeit und Eigenverantwortung geben eine zweite Richtung gesellschaftlicher Umbrüche vor, die zu bewältigen sind. Wie zögerlich sie auch immer geschehen mag: Wir stehen vor einer Neujustierung des Verhältnisses von Individuum und Staat, auch vor einer Rücknahme des aktiven zu Gunsten des aktivierenden Staates. Es ist eine alles andere als tagesaktuelle Position, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der Reichweite staatlicher Aktivitäten und Gestaltungskompetenzen und individuellen Freiheitsräumen, dass die Entlastung von allen möglichen Risiken eben auch Freiheiten tangiert. Die Wissenschaft diskutiert diesen Zusammenhang seit Jahrzehnten.



Zeichnung: Liebermann

Die Politik entdeckt ihn erst seit neuem wieder, ohne auf allzu freudige Folgebereitschaft in der Bevölkerung zu stoßen. Dabei geht es gerade um das Menschenbild des Grundgesetzes, das sich an der sich selbst frei entfaltenden Person orientiert...

Die Deutschen sind den sorgenden Vater Staat gewohnt. Das neue Verhältnis von Individuum und Staat verlangt aber gerade von der Politik, sich zurückzunehmen, was ihre Gestaltungsmacht angeht (nicht, was ihre Erklärungsmacht angeht, die aber größere Bereitschaft und Befähigung zu politischer Führung voraussetzt). Mittlerweile ist zu fragen, ob Bürger überhaupt Freiheiten wollen, wenn sie mit größeren Risiken behaftet sind...

Normative Orientierungen kehren aber auch in einem elementaren Sinn auf die Tagesordnung zurück. Auch wenn kaum von Sinnsuche gesprochen wird, geht es zunehmend doch darum: um Wertorientierung. Die Leitsätze dieser Akademie – und anderer – sind nicht in den Wind geschrieben. Es stimmt auch nicht, dass die Globalisierung mit ihrer Tendenz zur Auflösung nationaler Räume keine Chancen für Normatives mehr böte, weil dieses an einen nationalstaatliche Ordnungsrahmen gebunden sei, dessen Bedeutung dahin sinke. Inzwischen gilt demgegenüber sogar die zugespitzte Säkularisierung westlicher Gesellschaften als Sonderweg im Rahmen weltweiter Entwicklungen. Aber auch im Inneren dieser westlichen Gesellschaften ist der Bedarf an normativer Orientierung gewachsen. Wissenschaftlicher Fortschritt hat Fragen an das menschliche Leben neu aufgeworfen...

III. Zur Zukunftskompetenz politischer Bildung

Die Rede war von Umbrüchen: von gesellschaftlichem Wandel, von der Reaktivierung des selbstverantwortlichen Individuums und der Rückkehr des Normativen. Ohne Bildungsprozesse, ohne die in der Zukunftsforschung postulierte Verbindung von Lernzielen mit Lebenszielen, lassen

sich solche Umbrüche vielleicht hinnehmen, aber kaum bewältigen. Gefragt ist nicht allein politische Bildung. Aber wenn es denn um derartige Wandlungsprozesse geht, die durchaus die Frage aufwerfen, wie wir mit und in diesen – und verwandten – Herausforderungen leben wollen, ist der Beitrag politischer Bildung unverzichtbar, weil sie eben normative, ökonomische und politische Perspektiven zusammenzuführen vermag; weil sie schlicht zuständig ist...

Der Konnex zur Demokratie in ihrer republikanisch verfassten Form ist auch nicht mehr strittig wie noch bis in die Diskussion der 80er Jahre: Nur in der Demokratie, die frei von politischen Instrumentalisierungen ist, kann politische Bildung sich auch tatsächlich als Bildung entfalten. Bindung an Demokratie verleiht ihr zugleich auch eine normative Zieldimension. Sie muss, wie der demokratische Staat auch, zwar weltanschaulich neutral, kann aber nicht wertneutral sein. Die Grenzen zwischen beiden Sphären bewusst zu machen, wäre z.B. ihre Aufgabe, um etwa den Unterschied zwischen Fundamentalismus und Wertorientierung zu klären – um also im neuen normativen Aufbruch weltanschaulichem Überschuss Grenzen zu setzen; eine Aufgabe wäre auch, an die Relevanz von Menschen- und Grundrechten als Regelgrößen der Aktualität und des sozialen Wandels zu erinnern. Ähnlich verhält es sich mit der Ethik des (durchaus wertfundierte) Pluralismus und der Toleranz – gerade in gesellschaftlichen Umbrüchen, Generationenkonflikten und Integrationsproblemen.

Appelle sind nicht dienlich, Begründungen der Würde des Individuums sind es jedoch durchaus. Wie will man schließlich anders Wertunsicherheiten und -konflikten begegnen, die uns nicht unbekannt sind? Es mag an den geschilderten Umbrüchen – und manchen anderen – liegen, dass unsere Gesellschaft sich nur schwer zu definieren vermag und sich gerade in Herausforderungen durch andere Kulturen leichter in dem findet, was sie nicht will. Aber das könnte auf Dauer nicht genügen. Wenn die Fachdiskussion sich

von „Politik lernen“ auf „Demokratie lernen“ erweitert, öffnet sie sich dem kulturellen Unterbau; nämlich Lebens- und Gesellschaftsformen, die der Demokratie angemessen erscheinen – und ich möchte sehr bewusst hinzufügen: angemessen besonders auch dem Recht und der Freiheit, die unser primärer Wert ist, in dessen Dienst auch die Demokratie steht. Das unterscheidet von anderen. Aber es führt auch zur Frage nach der inneren Stimmigkeit in unserem System.

Wissenschaftliche Kompetenz

Vielleicht hätte in diesem Kontext ein einziger Satz genügt: Politische Bildung ist zuständig für die Perspektiven des Umbruchs jenseits des Faktischen.

Wahrscheinlich findet sie von der Politik deswegen so wenig Unterstützung, weil diese sich zunehmend in den Faktizitäten verliert, im politisch Intentionalen und in der eigenen medialen Darstellung. Politische Bildung in unseren Akademien bedeutet in allem das Gegenteil. Sie ist rationaler und zukunftsrelevanter; was das Thematische und die Aufregungszyklen betrifft, ist ihr Klima gemäßigter, weil sie eben der unabhängigen geistig selbständigen Diskussion verpflichtet bleibt: ein Hort der Vernunft, in dem Zukunft wachsen könnte, ließe man sie denn...

Ich bin jedenfalls überzeugt, dass dieses Haus seine Möglichkeiten stärker in diese originelle und riskante Zukunftsoffenheit stellen muss – gewiss auf der Basis zutreffender Gegenwarts- und Geschichtsanalysen. Diese riskante Zukunftsoffenheit ist auch der Grund, warum ich die Mahnungen der Gründerzeit, etwas „eigenes“ zu werden und nicht nur der Erwachsenenbildung zu dienen, sich nicht in einen wissenschaftsentrückten Winkel drängen zu lassen, ernst nehme.

Wir brauchen nicht nur Anwendungskompetenz. Wir brauchen verstärkt auch originär wissenschaftliche Kompetenz, wie es das Gesetz uns ja auch befiehlt. ■

„Den Menschen durch Bildung mündig machen“

Ausstellung erinnert an den Akademiegründer Waldemar von Knoeringen

Mit einer Ausstellung erinnerte die Akademie zu Beginn ihres Jubiläumsjahres an ihren geistigen Wegbereiter und Initiator, den damaligen bayerischen SPD-Vorsitzenden Waldemar von Knoeringen. Die Ausstellung

wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) aus Anlass des 100. Geburtstages Knoeringens im Oktober 2006 konzipiert. Als politischer Weggefährte erinnerte der frühere Akademiedozent und Landtagsabgeordnete Hans-Günther Naumann

an den großen Vordenker der deutschen Sozialdemokratie. Horst Schmidt vom Bayernforum der FES in München rief den Gästen der Vernissage das Leben, Denken und Wirken Knoeringens ins Gedächtnis und führte in die Ausstellung ein.

Akademiedozent Michael Schröder hob bei seiner Begrüßung hervor, dass Knoeringen nicht nur geistige und historische, sondern durchaus auch regionale Bezüge zur Akademie hatte: 1906 wurde er auf dem Gut Rechetsberg bei Huglfing in der Nähe des oberbayerischen Weilheim geboren, gestorben ist er 1971 in der Klinik Höhenried im benachbarten Bernried.

Knoeringens politisches Wirken begann in der Weimarer Republik. Er war sowohl in Wort wie auch in Schrift ein sehr früher Gegner des Nationalsozialismus. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 stand sein Name ganz oben auf ihren schwarzen Todeslisten. Zunächst flieht er nach Österreich, später in die Tschechoslowakei, von wo aus er die bayerische Widerstandsbewegung als Grenzsekretär organisiert. 1938 geht er nach Großbritannien ins Exil.

Nach dem Kriegsende kehrte er nach Bayern zurück, wo er sofort wieder mit der politischen Arbeit in der SPD beginnt. Er arbeitet an der Bayerischen Verfassung mit und wird Landtagsabgeordneter und bayerischer SPD-Vorsitzender. Knoeringen ist Zeit seines Lebens beseelt vom Glauben an die Kraft und Macht der Bildung. Rationalität und die Überzeugung durch den Diskurs sind seine Maximen. Ausdruck dieser wichtigen kulturpolitischen Arbeit sind seine drei Akademiegründungen: die Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See, Tutzing und die Kritische Akademie Inzell. Knoeringen kann als früher Vordenker dessen, was wir heute die Wissensgesellschaft nennen, bezeichnet werden. ■ ms

(Siehe Pressestimmen Seite 38/39)



Der geistige Vater unserer Akademie: Waldemar von Knoeringen (1906 – 1971) Foto: FES-Archiv

Die „Geburtsurkunde“ der Tutzinger Akademie findet sich auch in der Ausstellung über Knoeringen: Gernot Abendt (Vorsitzender des Förderkreises), der frühere Dozent und Wegbegleiter Knoeringens, Hans-Günther Naumann, Dozent Michael Schröder und Horst Schmidt von der Friedrich-Ebert-Stiftung (von links). Foto: Weichbrodt



Im Archiv gestöbert:

Ein Dachumbau mit Folgen

Aus der Baugeschichte des Anwesens Haus Buchensee

„Leider ist noch immer nicht abzusehen, wann der Dachumbau mit allem Drum und Dran abgeschlossen sein wird“, so beginnt der damalige Akademiedirektor Felix Messerschmid seinen Bericht über Dachsanierungsarbeiten, die im Sommer 1963 begannen – jedoch in ein mittleres Desaster münden sollten.

Als die Akademie für Politische Bildung am 1. Oktober 1958 offiziell ihre Arbeit in dem seit Juni 1938 im Eigentum der Landesversicherungsanstalt Oberbayern (LVA) stehenden Anwesen Haus Buchensee in Tutzing aufnahm, war dieses bereits mehreren Nutzungsänderungen unterworfen worden. Zuletzt hatte es die Sozialpolitische Schule der LVA beherbergt. Das Hauptgebäude der nach 1864 neu erbauten „Villa Buchensee“ soll auf einen Entwurf Leo von Klenzes (1784-1864) zurückgehen. Dessen

baulicher Zustand sowie die veränderte Gebäudenutzung machten im Laufe der Zeit verschiedene Umbauten und Renovierungsmaßnahmen erforderlich. So wird am 19. August 1963 eine umfassende Sanierung des Dachstuhls in Angriff genommen, die mancherlei unangenehme Überraschungen mit sich bringt. Bei den Planungen war man von einem Zeitraum zwischen dem 18. August und dem 22. September ausgegangen, um die notwendigen Reparaturarbeiten zu erledigen. Der Bericht Messerschmids an die Mitglieder des Kuratoriums vom 23. September 1963 offenbart indes das wahre Ausmaß des Schreckens:

„Die ersten vier Wochen waren dazu angetan, uns trübsinnig zu machen. Es regnete unaufhörlich, das Wasser lief bis ins Parterre hinunter; die wenigen Dachplanen, die wir auftrieben, reichten nicht; die Terminzusagen, auf denen unsere Planung beruhte, werden

nicht eingehalten; die Zusammenarbeit mit den beteiligten Firmen lässt zu wünschen übrig; der Architekt der LVA sitzt in München und ist nur durch die dringendsten telefonischen Hilferufe dazu zu bewegen, kurz herauszukommen und nach dem Rechten zu



Gründungsdirektor Felix Messerschmid
Fotos: APB-Archiv

sehen; unsere Männer helfen zwar nach Kräften mit, aber sie können weder die Zeit anhalten noch Anweisungen geben usw. So ist jetzt, da nach



Haus Buchensee vor der Dachsanierung Mitte der 50er Jahre.



den Zusagen ein eingeschränkter Betrieb wieder hätte beginnen sollen, noch nicht einmal das halbe Dach gedeckt, auf einem Viertel des Daches liegt noch das alte Blechdach, ist also weder aufgemauert noch der neue Dachstuhl aufgesetzt. Zu alledem zeigte es sich, dass ein Teil der Zimmerzwischenwände im 2. Stock bei früheren Umbauten so miserabel ausgeführt worden waren, dass sie eingerissen und neu ausgeführt werden müssen; dass der Bodenbelag durch die Nässe trotz aller Vorkehrungen so gelitten hat, dass er erneuert werden muss. Die Verwaltungs- und Arbeitsräume sind zwar benutzbar (Parterre im Gästehaus, Akademietrakt und Pavillons), so dass die innere Arbeit nun, nach Ablauf der Urlaubszeiten, wieder ein-

mit nicht genug, wie dem illustren Folgebericht Messerschmids vom 1. November zu entnehmen ist:

Symbol des Weltzustandes

„Das Dach des Gästehauses ist nun gedeckt, wenn auch noch nicht fertig. Damit ist wenigstens jene ständige Ausgesetztheit beendet, die ein Haus ohne Dach geradezu zum Symbol des Weltzustandes macht. Um die kosmische Analogie ironisch zu vollenden, hörte der ständige Regen völlig auf, als die Ziegel aufgelegt waren. Wir wissen es also jetzt ganz sicher, dass eine Akademie für Politische Bildung es nicht nur mit den gesellschaftlichen

(sie waren mit Stroh ausgefüllt gewesen, das wegen der Nässe unbrauchbar geworden ist), die Fußböden wieder hergerichtet werden, und danach kommen die Gipser und Tüncher. Auch im 1. Stockwerk sind viele Schäden eingetreten, die behoben werden müssen.

Die Heizung nicht nur des Gästehauses, sondern sämtlicher zusammenhängender Akademiegebäude konnte erst vor zwei Wochen, nachdem das Dach gedeckt war, provisorisch wieder in Gang gesetzt werden; eine Zeitlang behelfen wir uns mit den wenigen auftreibbaren Elektrogeräten, bis schließlich nur noch die Verwaltungsräume im Gästehaus, das Sekretariat und das Direktorat besetzt waren (Temperatur zwischen 14 und 17 Grad). Zwei Assistenten wurden in das Dozentenzimmer im Wohnhaus einquartiert, die übrigen Mitarbeiter schlugen ihre Dienstzimmer zuhause auf; der Verkehr wickelte sich einige Tage zum großen Teil telefonisch ab. Die Erkältungen klingen jetzt allmählich ab...

Schließlich muss das Haus neu verputzt werden, schon weil das Geviert, auf dem das neue Dach aufliegt, mit Ziegelsteinen aufgemauert werden musste. Aus dem vorher vielfältig gegliederten Dach ist ein das ganze Haus überdeckendes einheitliches Dach geworden, wodurch auch die Schrägwände mancher Zimmer im oberen Stock verschwunden sind.“



Das Hauptgebäude der Akademie mit neuem Dach Mitte der 60er Jahre.

setzen kann; aber an die Wiederaufnahme von Schlafgästen im Hause selbst ist nicht zu denken.“

Aufgrund der Umbauprobleme mussten bereits die Seminare „Politische Bildung an der Oberstufe der Höheren Schule“ vom 1. bis zum 7. September 1963 sowie „Politische Bildung durch das Buch (III)“ für Bibliothekare vom 7. bis zum 10. Oktober 1963 im Hotel Seehof stattfinden. Doch da-

und geschichtlichen Mächten zu tun hat, sondern auch mit solchen, mit denen nach Schiller kein ewiger Bund zu flechten ist...

Was nun zu tun ist, um das Haus wieder bewohnbar zu machen und beziehen zu können, ist kaum weniger, als was für das Dach nötig war. Das gesamte obere Stockwerk muss neu hergerichtet werden, die Zimmerdecken müssen neu beplattet, die Zwischenwände mit Glaswolle neu gefüllt

Neben dem geschilderten Unbill hatte die Verzögerung zur Konsequenz, dass noch den ganzen Dezember 1963 hindurch die Gäste zwangsweise in Hotels und Pensionen in Tutzing und Bernried untergebracht werden mussten. Einzig positiv daran: der damit verbundene unerwartete Schub für die heimische Tourismusbranche. ■

Aufgestöbert von Steffen H. Elsner

Zwischen Nadelstreifen und Springerstiefeln

Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Gegenkonzepte

Wer an Rechtsextremismus denkt, hat zumeist glatzköpfige Skinheads mit Springerstiefeln vor Augen. Doch das „braune Antlitz“ wird facettenreicher, die „rechte Szene“ ändert sich: Verstärkt legt sie Wert auf „Gutbürgerlichkeit“ und versucht, in der „Mitte der Gesellschaft“ Fuß zu fassen. Eine Strategie, die zunehmend verfängt. Die Reaktion der Demokraten reicht von hilflosem Staunen bis zu couragiertem Dagegenhalten. Die Frage nach dem Umgang mit zunehmend selbstbewusster auftretendem rechtsextremen Personal wird immer zentraler. Im Rahmen einer gemeinsam mit der Petra-Kelly-Stiftung veranstalteten Tagung wurden neben der Analyse des Rechtsextremismus konkrete Initiativen und Projekte vorgestellt, die sich dem Kampf gegen rechtsextremistische Einstellungen verschrieben haben und mit zivilgesellschaftlichem Engagement für Toleranz, Demokratie und Integration eintreten.

Seit 1990 beobachtet Frank Jansen, Redakteur beim Berliner Tagesspiegel, die rechtsextremistische Szene in Deutschland. Seine Schilderung der Zustände besonders in einigen ost-deutschen Gebieten – wo Rechtsext-



Frank Jansen: „Demokratie verliert Stückchen für Stückchen an Boden!“
Fotos: Arnold

remismus sich direkter äußert als im Westen – war überaus deutlich: „Der NPD gelingt es zunehmend, nicht nur Protestwähler zu mobilisieren, sondern sie verfügt inzwischen in Teilbereichen über eine Stammwählerschaft von drei bis fünf Prozent.“ Erst jetzt, so Jansen, sei die NPD, eine ursprünglich west-deutsche Altmänner-Partei, mit ihrer „nationalrevolutionären Orientierung“ im wiedervereinigten Deutschland an-

gekommen. So selbstbewusst sei die Partei inzwischen auch im Westen geworden, dass sie angekündigt habe, bei der nächsten Landtagswahl in Bayern in die Volksvertretung einzuziehen.

Seinem eigenen Berufsstand stellte Jansen ein unbefriedigendes Zeugnis aus. Was zu wenig stattfinde, sei die kontinuierliche Berichterstattung über Rechtsextremismus. Nur zu oft sei Extremismus ein Thema lediglich zu Wahlkampfzeiten. Jansen zufolge gibt es einige Verhaltensregeln, die im Umgang mit der NPD zu beachten sind.

Erstens: Die NPD darf nicht an Regierungen beteiligt werden.

Zweitens: Gegenüber den führenden Funktionären könne es nur eine klare Ausgrenzungsstrategie geben.

Drittens: Mit den ideologisch verblendeten Anhängern seien Diskussionen sinnlos, gegen diese müsse mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats vorgegangen werden.

Und viertens: Mit den „Sympathisanten“ hingegen müsse man reden.

Wie schwierig es ist, Antworten auf die Frage nach dem richtigen Umgang mit rechtsextremistischen Aktionen zu finden, damit waren die Teilnehmer selbst konfrontiert, als in Arbeitsgruppen typische Situationen rechtsextremistischer Provokation besprochen wurden. Kontrovers diskutiert wurde beispielsweise die Frage, ob man den rechtsextremen Wortführern eine Plattform bieten oder sich jeglicher Diskussion verschließen solle.

Generell, so die Mehrheitsmeinung, bringe es wenig, inhaltliche Diskussionen mit Menschen zu führen, deren Weltbild hermetisch abgeriegelt und gegen Widerspruch immunisiert ist.

Beispiel: Gedenkveranstaltungsstörer

Szenarium: Anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum 8. Mai spricht auf Einladung der Stadt XY, die selbst im Krieg schwer zerstört wurde, Frau Z., eine KZ-Überlebende. Schon während ihres Vortrags gibt es vereinzelte rassistische und revisionistische Zwischenrufe. Nach Ende des Vortrags meldet sich ein stadtbekanntes NPD-Mitglied zu Wort und versucht die Verbrechen des Nazi-Regimes mit Hinweisen auf die Zerstörung der Heimatstadt durch die Alliierten („Terror“, „Bomben-Holocaust“) zu relativieren und fordert ein Ende der „Selbstkasteiung des deutschen Volkes“.

Präventive und reaktive Möglichkeiten:

- 1) Kooperationsgespräche mit der Polizei im Vorfeld
- 2) Klare Grenzen ziehende Moderationsregeln (durch den Veranstalter zu Beginn angekündigt)
- 3) Zurechtweisung des Störers durch die anderen Teilnehmer ohne inhaltliche Diskussion
- 4) Solidarisierung gegen den Störer (Zum Beispiel körperliche Ausgrenzung durch gemeinsames Aufstehen)
- 5) Ausübung des Hausrechts durch die Veranstalter (Aufforderung zu gehen)

Die Vorstellung verschiedener Initiativen gegen Rechtstextremismus eröffnete Elisabeth Wicki-Endriss (München) mit dem Projekt „Jugendfilmclubs“. Dieses Projekt, das vom Bernhard-Wicki-Gedächtnisfonds durchgeführt wird, versucht mit Hilfe ausgewählter Filme Jugendliche zu Toleranz, Integration und Verständigung anzuregen. Bereits in mehreren bayerischen Städten haben sich Schülergruppen zusammen gefunden, die außerschulisch Filmvorführungen selbst organisieren. Als Anleitung für die Vor- und Nachbereitung werden den Filmen Lehrer-Begleithefte beigegeben. Darüber hinaus komme es, so Wicki-Endriss, regelmäßig zu Gesprächen mit Regisseuren oder Schauspielern.



Elisabeth Wicki-Endriss: „Jugendfilmclubs zur Förderung von Toleranz und Verständigung“

Die aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung („Vom Rand zur Mitte“) wählte Chong-Sook Kang vom Pädagogischen Institut München als Ausgangspunkt, um die Notwendigkeit des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule für Courage“ zu unterstreichen. Diese Initiative, an der bereits 20 bayerische Schulen teilnehmen, zielt darauf ab, dass sich Schülerinnen und Schüler gegen alltägliche rassistische Äußerungen und Verhaltensweisen wenden. Um das Prädikat „Schule ohne Rassismus“ tragen zu dürfen, muss mindestens einmal jährlich eine Veranstaltung – egal ob Theaterstück oder Projekttag – zu diesem Thema stattfinden (siehe auch den **Bericht auf Seite 17**).

Rechtsradikale Musik als Transmissionsriemen für rechtsextremistische Ideologie war das Thema von Christian Dornbusch (Fachhochschule Düsseldorf). Besonders Jugendliche stünden im Fadenkreuz der NPD-Parteiwerber, die mit ihrer „Schulhof-CD“ inzwischen sehr offensiv junge Menschen angehen. Diese Werbe-CD zeigt deutlich, dass die Methoden der Rechtsextremisten zunehmend subtiler werden: In bewusster Abkehr vom rohen und brutalen „Skinhead-Stil“ werden durch Liedermacher Texte, in denen beispielsweise Deutsche als Opfer dargestellt werden und klare Feindbilder konstruiert werden (Staat, Polizei, Justiz) an die Jugendlichen gebracht. Die politischen Botschaften werden den Jugendlichen vermittelt, indem vorhandene Vorurteile vertieft und in einen ideologischen Gesamtkontext gestellt werden. Politische Ansichten werden so über den scheinbar harmlosen Umweg der Musik-/Freizeitkultur transportiert.

Parolen und Vorurteile

Auf die Wirkungsweise von Parolen ging Klaus-Peter Hufer von der Volkshochschule Viersen bei der Vorstellung des Projekts „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ ein. Parolen, so Hufer, seien nichts anderes als „in Worten geronnene und artikulierte Vorurteile“. Parolen wie „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ seien immer schwer zu parieren, doch „fast jede Reaktion ist besser als keine Reaktion“. Auch Hufer rät dazu, wenn möglich zuerst Solidarität zu organisieren, das „Parolenspringen“ nicht mitzumachen, von Pauschalierungen („die sind“, „die haben“) wegzukommen und Witz und Ironie einzubringen. Nachhaltige Wirkung zu erzielen ist sehr wichtig, denn „ein Gespräch ist nicht vorbei, wenn es beendet ist“.

Albrecht Kolthoff wies darauf hin, wie wichtig es ist, Informationen über rechtsextremistische Aktionen und Akteure zu sammeln und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der „Informationsdienst gegen Rechtsextremismus redok e.V.“ ist ein aus privater Initiative entstandenes Internetangebot, das aktuelle Informationen bereit stellt. Derartige Informationsdienste sind vielerorts Grundlage für Initiativen gegen Rechts.

remismus redok e.V.“ ist ein aus privater Initiative entstandenes Internetangebot, das aktuelle Informationen bereit stellt. Derartige Informationsdienste sind vielerorts Grundlage für Initiativen gegen Rechts.

Mit viel Elan geht auch „MOBIT“ (Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus) an das Problem heran. Matthias Müller aus Gotha schilderte, wie mit

„Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es mal brauchen.“

Franca Magnani (1925-1996)

Hilfe von Wandtafel ausstellungen oder anderen Aktionen, bei denen die Bürger direkt einbezogen werden, versucht werde, Konzepte zur Verhinderung rechter Dominanz, Handlungsoptionen oder Argumente gegen Rechts zu vermitteln. Auch die Beratung von Gewaltopfern sowie die Weiterbildung von Pädagogen stehen in der Aufgabenliste.

Dass sich die Gewerkschaften nicht aus diesem Thema heraus halten können, darauf wies Hans-Peter Killguss vom „Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus e.V.“, das beim DGB-Bildungswerk angesiedelt ist, hin. Unter dem Motto „Mach meinen Kumpel nicht an!“ richtet sich der Verein mit einem monatlichen Newsletter, mit Beratung bei Projekten, Workshops und einem Wettbewerb von best-practice-Beispielen vorwiegend an Berufsschulen und Betriebe. So unterstützte der „Kumpelverein“ z.B. Thyssen-Krupp bei der Etablierung von so genannten „Kulturmittlern“, die zwischen Mitarbeitern verschiedener Kulturkreise Verständnis erzeugen und Probleme beheben helfen.

Überthematisierung vermeiden

Die Frage nach strukturellen Ursachen und Änderungsnotwendigkeiten warf Britta Schellenberg von der Universität München auf der Basis einer breit



angelegten Studie mit dem Titel „Strategien gegen Rechtsextremismus“ auf, wobei sie auch eine Reihe konkreter Handlungsempfehlungen vorstellte. Für den Medienbereich plädierte auch sie für eine kontinuierlichere Berichterstattung über Themen wie Rechtsextremismus oder auch Migration. Dabei müsse aber „Überthematisierung“, so Schellenberg, „vermieden werden“. Die Verwendung von Stereotypen, wie zum Beispiel „Springerstiefel tragende Skinheads“, als Symbol für rechtsextremistische Einstellungen, führten zu einer irreführenden Verengung des Problems. Nachdrücklich plädierte sie auch für eine frühere Prävention bei Kleinkindern, da sich gezeigt habe, dass die Basis für extremistisches Verhalten bereits in der Kindheit gelegt werde.

Im Kern, so waren sich die Teilnehmer abschließend einig, müsse es darum gehen, das gesellschaftliche Klima nicht den Rechtsextremisten zu überlassen. Man dürfe nicht zulassen, dass ganze Landstriche inzwischen davon bedroht sind, unter das Diktat der

Rechten zu fallen. Genauso dürfe man aber nicht nachlassen, das Denken der Bürger in Richtung Demokratie, Menschenrechte und Toleranz zu lenken. Wie wichtig dies ist, zeigen immer wieder Studien über die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Einig war

man sich auch, dass man sich manchmal von Politikern der demokratischen Parteien allein gelassen fühle, denn ohne den Schulterschluss aller Demokraten wird dieses Problem nicht erfolgreich zu bewältigen sein. ■

Manfred Schwarzmeier



Zeichnung: Liebermann

Literatur

Andreas Angerstorfer/Annemarie Dengg: Rechte Strukturen in Bayern 2005. Eine Dokumentation mit Schwerpunkt Oberbayern, Oberpfalz und Niederbayern, München 2005.

Download: <http://www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/rechtestrukturen.pdf>

Dieter Roth: Potenzial und Struktur extrem rechter Wählerschaften; in: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte 02/2006.

Download: http://www.km.bayern.de/blz/eup/02_06/3.asp

Christian Dornbusch/Hans-Peter Killguss: Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus, Münster 2006

Klaus-Peter Hufer: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus, Schwalbach/Ts. 2006. (Auch über die Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) beziehbar!)

Bertelsmann Stiftung, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 1: Ergebnisse der Recherche, Gütersloh 2005.

Viola B. Georgi/Hauke Hartmann/Britta Schellenberg/Michael Seberich (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis, Gütersloh 2005.

Links

Dossier „Rechtsextremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung:

<http://www.bpb.de/themen>

R2IRZM,0,Rechtsextremismus.html

MOBIT: Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus <http://www.mobit.org/>

„Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V. - Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

<http://www.gelbehand.de/cms/index.html>

Jugendfilmclubs und Jugendkinotage des Bernhard-Wicki-Gedächtnisfonds

<http://www.bernhardwickigedaechtnisfonds.de/information.htm>

<http://www.bernhardwickigedaechtnisfonds.de/filmclubs.htm>

redok e.V. – Nachrichten, Recherchen, Berichte und Dokumente zum Rechtsextremismus <http://www.redok.de/content/view/1/8/>

Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“ der NPD:

http://www.arbeitsstelle-neonazismus.de/news/36_Argumente-gegen-NPD-CD2.pdf

„Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“:

<http://www.jugendstiftung-vielfalt.org/index.php?id=programm>

Alles läuft wie geschmiert

Der Rechtsstaat im Kampf gegen die Wachstumsbranche Korruption

Korruption hat Konjunktur – auch in der Bundesrepublik Deutschland. Bestechliche Beamte, bestechende Bauunternehmer, gekaufte Experten – sind wir auf dem Weg in die Korruptionsgesellschaft? Korruption wird inzwischen nicht nur in weit entfernt liegenden „Bananenrepubliken“, sondern auch in Deutschland als Gefahr für die Demokratie und das Vertrauen in den Rechtsstaat angesehen. Die materiellen und immateriellen Schäden zum Nachteil der Allgemeinheit lassen sich aufgrund der hohen Dunkelziffer nicht genau berechnen. Wie käuflich ist Deutschland geworden? Eine Tagung unter der Leitung von Jürgen Weber in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Polizeigewerkschaft widmete sich dieser Frage.

Gerald Busch vom Bayerischen Landeskriminalamt argumentierte aus der Sicht der Ermittler. Die bayerische Richtlinie zur Bekämpfung der Korruption stellt der Polizei ein Instrumentarium zur Verfügung, um korruptives Verhalten von vornherein zu erkennen und zu verhindern. Mit ihr soll eine Sensibilisierung der Beschäftigten in korruptionsgefährdeten Arbeitsbereichen erreicht, aber auch das Ansehen aller Polizeibehörden und damit des Staates und seiner Institutionen verbessert werden. Die Lebensmittelskandale der Vergangenheit machen deutlich, wie schon das „Übersehen“ einzelner bedenklicher Zustände eine Lawine an Reaktionen auslösen kann. Die Umsetzung stößt jedoch an Grenzen. Sämtliche Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung wurden bisher personalneutral durchgeführt.

„Wer nicht schmiert, der verliert?“

fragte Regina Sieh, die Leiterin der Korruptionsabteilung bei der Münchener Staatsanwaltschaft. Sie berichtete, dass in den letzten Jahren mehr als 1600 Ermittlungsverfahren wegen Korruption im Bereich der Vergabe

von Aufträgen und Erlaubnissen anhängig waren. Korruptionsbekämpfung sei ein lohnendes Geschäft, das dem Staat zusätzliche Einnahmen verschaf-



Gerald Busch: Sensibilisierung der Beschäftigten in korruptionsgefährdeten Bereichen.



Regina Sieh: „Korruption trägt mafiöse Züge.“

Fotos: hmw

fe. Die höchste verhängte Geldbuße gegen einen Pharmakonzern war zwei Millionen Euro. Mit anschaulichen Beispielen wie dem „Küchenkartell“ und der „Allianz-Arena“ in München beschrieb die Oberstaatsanwältin, wie die Netzwerke der Korruption funktionieren. Illegale Gelder fließen bei öffentlichen Vergabeaufträgen und in der Industrie.

1,4 Millionen D-Mark Schmiergelder zahlte in den 90er Jahren das „Küchenkartell“ an drei Mitarbeiter des Münchener Baureferats, die sich bei der Auftragsvergabe für Großküchenprojekte persönlich bereicherten. Ein geschlos-

sener Kreis von zehn Küchenfirmen wurde in wechselnder Zusammensetzung immer zur Angebotsabgabe aufgefordert. Dabei bestimmte einer der Angestellten sowohl den jeweiligen Bieterkreis als auch den späteren Auftragnehmer. Für den Erhalt des Auftrags hatte die Firma ein Schmiergeld von sechs Prozent der Rechnung an den jeweiligen Sachbearbeiter zu bezahlen. Das Schmiergeld wurde zwischen den für die Ausschreibung zuständigen Angestellten und ihrem Vorgesetzten in einem bestimmten Verhältnis aufgeteilt. Der Staatsanwalt holte aber einen großen Teil dieser Gelder wieder zurück.

Schwer wiegen die materiellen Nachteile und Verluste durch Korruption.

Es geht um die Ausschaltung des Wettbewerbs und die Verdrängung anderer Konkurrenten, was beides zum Verlust von Arbeitsplätzen führt.

Die immateriellen Gefahren der Korruption bestehen in Abhängigkeiten bis hin zur Erpressbarkeit sowie der Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsbereitschaft. Es geht damit auch ein Vertrauensverlust in die Integrität und die Rechtmäßigkeit des staatlichen Handelns einher. „Man glaubt nicht, wie verkrustet die einzelnen Netzwerke sind, die Korruption trägt mafiöse Züge“, so die Münchner Oberstaatsanwältin.

Auch im internationalen Geschäftsverkehr gibt es inzwischen mit dem internationalen Bestechungsgesetz eine strafrechtliche Handhabe gegen Korruption. Die Baubranche ist äußerst korruptionsgefährdet. Überteuerte Angebote sind ein durchaus gängiges Mittel, die Ausschreibungsergebnisse zu manipulieren. Der Nachweis der Manipulationen gestaltet sich aber häufig schwierig.

Zum Schluss gab die Oberstaatsanwältin noch einen Einblick in die Aufdeckung verschiedener Korruptionsfälle. Eine wichtige Informationsquelle sind die anonymen Hinweisgeber. In München gibt es ein „anonymes Telefon“ für die Meldung von Korruptionsfällen. Eine Rückverfolgung der eingehenden Anrufe ist nicht möglich, so dass die Anonymität der Informanten gewahrt ist. Das Landeskriminalamt Niedersachsen stellt eine Internetseite zur Verfügung, auf der ebenfalls anonyme Hinweise gegeben werden können.

Angezogene Handbremse

Britta Bannenberg, Kriminologin an der Universität Bielefeld, legte dar, dass es vielseitige Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik gibt. Wegen der Unterschätzung des Bedrohungspotenzials der Korruption und der Gleichgültigkeit der Politik gegenüber diesen Gefahren habe sich das Schmiergeldunwesen in Wirtschaft und Verwaltung ungehindert ausbrei-

ten können. Sie beschrieb den Einfluss der Politik auf Strafverfahren nicht nur durch explizite Weisungen, sondern auch durch Verhinderung der



Britta Bannenberg forderte bessere Möglichkeiten der Korruptionsbekämpfung.

Freigabe von Akten für wissenschaftliche Zwecke. Der Kampf gegen die Korruption sei so lange relativ aussichtslos, wie die Politik sich daran nur „mit angezogener Handbremse“ beteilige.

Die Auswirkungen der Korruption auf nationaler wie internationaler Ebene lassen sich am Transparency-International-Korruptionsindex (CPI) ablesen. Eine Verbesserung um sechs Index-Punkte bewirke eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 20 Prozent. Bei der Korruption geht es in der Regel um viel Geld und wo es um Geld geht, wird immer auch die Frage nach der Macht zu stellen sein. Bei fortschreitender Korruption besteht die Gefahr, dass das Gemeinwohl immer mehr hinter Machterhalt und Selbstbereicherung zurücktritt.

Britta Bannenberg forderte bessere Möglichkeiten und Instrumente der Korruptionsbekämpfung und nannte als Beispiel die verbesserte Gewinnabschöpfung, Telefonüberwachungen, Kronzeugenregelungen sowie einen ausgeweiteten Zeugen- und Informantenschutz. „Die Verbesserung der Kontrollen erschöpft sich bislang in Worthülsen, wie Rotation oder Vier-Augen-Prinzip, denen viel zu selten Taten folgen.“ ■

Hans-Martin Weichbrodt



Im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit

Die Grenzen des Privaten und die Interessen des Staates

Die Gewinnung und Verwertung personenbezogener Daten sowie deren Sicherheit und Schutz sind Dauerbrenner der politischen Diskussion. Grund genug, diesen Themenkreis immer wieder zum Gegenstand einer Akademieveranstaltung zu machen. In Kooperation mit der Fachhochschule München entstand eine Tagung, bei der dieses Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln und auf verschiedenen Ebenen analysiert wurde. Auch die Frage nach der weiteren Entwicklung wurde gestellt.

Die Frage nach einer „Kultur der Freiheit und Sicherheit“ warf Marie-Theres Tinnefeld von der Fachhochschule München im Eröffnungsvortrag auf. Ihrer Ansicht nach stellt der Datenschutz eine wesentliche Voraussetzung für die Meinungsfreiheit in einer offenen Demokratie dar. Das Grundgesetz und auch das Bundesverfassungsgericht sprechen eine eindeutige Sprache: „Die Privatheit und vertrauliche Kommunikation wird durch den Schutz der Wohnung und der Telekommunikation sicher gestellt.“

Die Freiheitsrechte des Einzelnen wirken in zwei Richtungen: Einerseits begrenzen sie staatlichen Zugriff, andererseits wirken sie Beeinträchtigungen durch Dritte entgegen. Der 11. September 2001 markierte einen Wendepunkt: Immer deutlicher ist seitdem der Ruf nach einem „Grundrecht auf Sicherheit“ zu vernehmen.

Grundlegend stelle sich aus ihrer Sicht das Problem, so Tinnefeld, dass die dem Rechts- und Verfassungsstaat angemessene Formel „Im Zweifel für die Freiheit“ immer stärker durch die Lösung „Im Zweifel für die Sicherheit“ ersetzt werde.

In welchen Zusammenhängen menschlicher Existenz Freiheit überhaupt denkbar sei, diesem Thema wandte sich Friedrich Lachmayer von den Universitäten Wien und Innsbruck zu. Neben dem Konsum und der Sexualität identifizierte er die Wissenschaft

als einen Bereich der Freiheit. Aber genauso wie Technik an sich sowohl freiheitserweiternd als auch freiheitsbegrenzend wirken könne, so warnte Lachmayer, könne auch Wissenschaft in beide Richtungen Wirkung entfalten.

Medienkompetenz

Zur selben Einschätzung gelangte auch Klaus Köhler von der Fachhochschule München, der die These aufstellte, dass zwar einerseits Autonomie durch Technik entstehe, im realen Leben sich an-

**„Die dem Rechts- und Verfassungsstaat angemessene Formel
„Im Zweifel für die Freiheit“
wird immer stärker durch die Lösung
„Im Zweifel für die Sicherheit“
ersetzt.“**

Marie-Theres Tinnefeld

dererseits die Technikabhängigkeit aber auch erhöhe und die Beherrschung der Natur durch Technik mit erneuter Abhängigkeit von derselben einhergehe. Unter Technik verstand Köhler die ganze Bandbreite nutzenorientierter, künstlicher und materieller Gebilde, mit denen menschliche Fähigkeiten gestärkt und/oder Defizite kompensiert werden. Der Umgang mit Wissen und Informationen, so Köhler, erfolgt in unserer Wissensgesellschaft durch den Menschen weitgehend selbst bestimmt. Voraussetzung hierfür sei Medienkompetenz.

Grenzen des Zulässigen

Thomas Petri, Bereichsleiter beim Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, erläuterte in seinem Beitrag am Beispiel der Videoüberwachung die rechtliche Situation solcher Methoden. Auch in Deutschland werden immer mehr öffentliche



Klaus Köhler: „Medienkompetenz ist Voraussetzung für selbstbestimmten Umgang mit Wissen.“

Räume per Kamera kontrolliert. Dabei sei, so Petri, zwischen der reinen Aufnahme und dem sofortigen Löschen einerseits und der Aufzeichnung und längerfristigen Speicherung zu unterscheiden. Als ein zentrales Problem identifizierte der Datenschützer, dass sehr oft der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gebührend beachtet werde. Die Grenze des Zulässigen sei spätestens dort überschritten, so Petri, wo in den privaten Kernbereich eingegriffen werde.

Rainer Gerling und Heidi Schuster von der Max-Planck-Gesellschaft machten am Beispiel der Internetsuchmaschine Google deutlich, wie leichtfertig oft auch von Nutzern mit dem Datenschutz umgegangen wird. Nur zu schnell werden bedenkenlos Nutzerbedingungen akzeptiert. Dabei sind



die Gefahrenquellen vielfältig: Wer sich bei Google anmeldet, stimmt zu, dass die Daten auch Partnerunternehmen zur Verfügung gestellt werden. Wer Google-Mail nutzt, bekommt auf den Nutzer abgestimmte Werbung zugeschickt.

der vor der Tat verhaftet werden. Der Film verdeutlichte eindrucksvoll das Spannungsfeld zwischen Sicherheit einerseits und Freiheit andererseits.

Am Beispiel des Menschenhandels, präziser des Frauenhandels, machte

pa, so drängt sich die Einsicht auf, dass sich die Situation eher noch verschärft. Opferschutz und Prävention durch Aufklärungskampagnen, Diskriminierungs- und Armutsbekämpfung kämen laut Friesendorf viel zu kurz.

Datenschutz schützt alle

Diese Meinung vertrat auch die Tutzinger Landtagsabgeordnete Ursula Männle (CSU) in der abschließenden Podiumsdiskussion. Ziel müsse es sein, die „Bewusstseinsbildung der Entscheidungsträger“ vor allem in den Herkunftsländern zu fördern. Dies könne beispielsweise durch gemeinsame Schulungen bayerischer Behörden mit südosteuropäischen Innenministerien geschehen.

Der frühere Akademiedozent Michael Piazo von der Fachhochschule Berlin verwies in seinem Beitrag darauf, dass die nach 1990 über die Länder des ehemaligen Ostblocks gekommene Freiheit eben auch eine negative Seite habe und nannte diese Freiheit auch eine „Chance für Böses.“ Die EU habe, so Piazo, im Moment noch keine rechte Idee, wie sie mit Osteuropa – und damit auch mit diesen Problemen – umgehen solle.

Abschließende Lösungen zu erwarten, so Cornelius Friesendorf, sei verfehlt, letztlich könne es bloß darum gehen, „die angesprochenen Probleme schlechter oder besser zu managen“.

Thomas Petri machte in seinem Schlusswort darauf aufmerksam, dass er den Datenschutz in der derzeitigen politischen Großwetterlage „mit dem Rücken zur Wand“ sehe. Vehement wehrte er sich gegen die weit verbreitete Meinung, Datenschutz mit Täterschutz gleichzusetzen. Es dürfe nicht vergessen werden, dass Datenschutz uns alle schütze. Im Grunde, so Petri gehe es um die Schwierigkeit, zwischen Privatheit, Freiheit und Sicherheit eine Balance zu finden. Natürlich stünden Freiheit und Sicherheit in einem Spannungsverhältnis, genauso befänden sie sich aber in einem Ergänzungsverhältnis. ■

Daniel Arnold /
Manfred Schwarzmeier



Rainer Gerling und Heidi Schuster: Datenschutzprobleme bei der Internetnutzung. Fotos: Arnold



Ursula Männle (links): „Bewusstseinsbildung der Entscheidungsträger fördern“. Rechts Tagungsleiterin Marie-Theres Tinnefeld.

Als fiktionale Illustration des Themas stellte der Münchner Kommunikationswissenschaftler Thomas Knieper den Spielfilm „Minority Report“ vor. Die Geschichte handelt von einem totalen Überwachungs- und Präventionsstaat, der Morde dadurch verhindert, dass sie vorhergesehen und die Mör-

Cornelius Friesendorf deutlich, dass repressive Maßnahmen wie Polizeieinsatz und Verurteilungen sowohl in den Herkunfts- als auch den Zielländern nicht den gewünschten Erfolg gezeigt hätten. Im Gegenteil: betrachtet man Teilaspekte wie Zwangsprostitution als Folge des Frauenhandels aus Osteuro-

Die Zukunft des Handys als Universalkommunikator

Das Mobiltelefon revolutioniert Medienlandschaft und Gesellschaft

Die Zeiten, in denen das Handy nur Telefon im Taschenformat war, gehören endgültig der Vergangenheit an. Heute ist es zum multimedialen Alleskönner herangereift, bei dem Internet-, Fax- und e-Mail-Empfang bereits zur Grundausstattung zählen. Hinzugesellt haben sich Radio- und Fernsehprogramme. Darüber hinaus vervollständigen Digitalkamera, Navigationssysteme, Terminkalender, Adressbücher und Datendienste das mobile Mini-Büro. Das Handy ist längst zum Computer im Taschenformat gereift, der seinen Besitzer weltweit über die neuesten Begebenheiten in der fernen Heimat informiert und ihm eine sofortige Reaktion auf alle eingehenden Meldungen gestattet. Mit dem Handy als zukünftiger „Universalkommunikator“ beschäftigte sich eine gemeinsame Tagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing.

Bei aller Euphorie, die sich um das technisch Machbare rankt, dürfen die gesellschaftspolitischen Implikationen nicht aus dem Blick verloren werden. Wer kontrolliert die Datenströme, die wir dem Mobiltelefon anvertrauen? Wird der Handy-Besitzer zum Spielball mächtiger Werbeindustrien? Welche Folgen hat die Handy-Nutzung insbesondere für Kinder und Jugendliche?

SMS-Kultur

Längst hat sich in der jüngeren Generation eine SMS-Sprachkultur entwickelt, die sich auf das Sprachverhalten und die schulischen Leistungen auswirkt. Reden wir bald nur noch in Kürzeln? Ganz zu schweigen von den vielen missliebigen Inhalten, die Schüler als MMS (Multi-Media-Message) untereinander austauschen – von Pornographie bis zu selbst produzierten Gewaltvideos. Schließlich werden sich auch die etablierten Medien durch den Telefonwinzling verändern. Spielfilme sollen auf dem Handy gesehen werden können. Von den TV-Sendern werden Nachrichten auf den Minibildschirm gebracht. Private Handybesitzer können zu Bildberichterstattem für die Medien werden – etwa bei terroristischen Anschlägen, Naturkatastrophen oder Verkehrsunfällen.

Mehr Handys als Einwohner

Im August 2006 waren in der Bundesrepublik Deutschland mit 82,8 Millionen Mobilfunkanschlüssen erstmals mehr Handys angemeldet als das Land Einwohner hat. Weltweit verfügen der-



Medienpsychologin Sandra Pöschl: Kein Verfall der Sprachkultur durch SMS.

zeit 1,25 Milliarden Menschen über ein Mobiltelefon, in den kommenden fünf Jahren wird sich diese Zahl auf 2,5 Milliarden Handybesitzer verdoppeln. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen erfreut sich der kleine Handyschmeichler einer besonderen Beliebtheit. Fast jeder Jugendliche und schon jedes zweite Kind im Alter von 6 bis

14 Jahren verfügen heute über ein Handy. Und das mobile Telefonvergnügen lässt sich die junge Generation etwas kosten – pro Jahr gibt sie rund 2,5 Milliarden Euro für das Handy aus.

Die Altersgruppe der 6-19-Jährigen, die sich selbst als „Generation SMS“ bezeichnet, nutzt das Handy primär als Individualmedium, mit Hilfe dessen Beziehungen gepflegt werden und der Alltag organisiert wird. Doch die ständige Erprobung neuer visueller und sprachlicher Ausdrucksmöglichkeiten ist nicht frei von Risiken. Vielmehr



Medienwissenschaftlerin Ulrike Wagner: Handy als Kostenfalle.

Fotos: Schröder/Weichbrodt

haben sich das downloaden von Spielen und Klingeltönen sowie das Versenden von SMS/MMS und das Surfen im Internet als Kostenfalle für Kinder und Jugendliche erwiesen, berichtete die Medienwissenschaftlerin Ulrike Wagner vom Münchner Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF). Ergänzend fügte die Medienpsychologin Sandra Pöschl von der TU Ilmenau hinzu, dass die SMS-Kultur der Kinder und Jugendlichen nicht – wie landläufig oft angenommen – zu einem Sprachverfall geführt habe. 250 SMS versenden



Kinder und Jugendliche pro Monat, ihre Motive sind dabei „die eigene Stimmung zu verändern“ (Mood-Management) und „soziale Interaktionen zu vollziehen“ (Impression-Management).

Handy-Dramaturgie

Zukünftig soll das Minitelefon nicht nur der PC im Taschenformat sein, sondern seinem Besitzer auch Fernseh- und Radioprogramme mobil anbieten können. Rainer Tief, Leiter des Programmbereichs Jugend und Multimedia des Bayerischen Rundfunks, erörterte die geplanten Aktionen des BR für ein „Fernsehen aus der Streichholzschatel“. Dem Handy-Besitzer soll es demnach zukünftig möglich sein, Sendungen thematisch zu ordnen und nach persönlichen Interessen abrufbar zu machen. „Damit wird jeder Handy-Besitzer zu seinem eigenen Programmdirektor“, bekundete Tief. Entsprechende Übertragungswege werden zur Zeit eingeführt. In Shanghai wird bereits die erste TV-Serie gedreht, die nur über Handy-TV zu empfangen ist. Allerdings müssen – so Rainer Tief – für den Handy-Bildschirm auf Grund seiner geringen Größe eigene Handy-Formate und eine spezielle Handy-Fernseh-dramaturgie entwickelt werden, damit man die Sendungen auch genussvoll auf dem Kleinbildschirm verfolgen kann.

Leser-Reporter

Wie sehr die Handys auch schon die Tagespresse zu verändern beginnen, erörterte Thomas Satinsky, Chefredakteur beim Südkurier in Konstanz. Unter der Bezeichnung „SK-Blitz“ senden Journalisten täglich auf vier regionalen SMS-Kanälen Informationen aus der Region an 1200 Abonnenten, die diese aktuellen Nachrichten auf ihrem Handy jederzeit abrufen können. Was gesendet wird, entscheiden die Redakteure am zentralen Newsdesk.

Mit diesem Service, der bislang noch kostenfrei, später dann für eine geringe monatliche Endgebühr, angeboten wird, soll die Leserschaft stärker an den Südkurier gebunden werden. Darüber hinaus unterstützt der Süd-

kurier die „Leser-Reporter“: dass Bürgerinnen und Bürger, die mit ihren Handys interessante Fotos machen, Texte dazu schreiben und beides dann per MMS an die Redaktion übermitteln. Auf diese Weise entsteht eine „Mitmach-Zeitung“, die dem Motto folgen soll „Unsere Reporter sind überall – ihnen entgeht nichts.“ Satinsky wandte sich ausdrücklich gegen „Leser-Paparazzi“, die Prominenten auf-lauern oder Unfallopfer fotografieren, um an Fotohonorare zu kommen: „Für die journalistische Ethik bleiben unsere Redakteure verantwortlich. Sie entscheiden, was gedruckt wird.“

Totale Überwachung möglich

Und wie verhält es sich mit dem Datenschutz? Der Benutzer vertraut dem mobilen Telefon unendlich viele sensible Daten an – meist ahnungslos und naiv. „Das Handy ist so schlimm, dass Sie keine weiteren Überwachungsmaßnahmen mehr brauchen“,



Datenschützer Karl Michael Betzl: „Das Handy ist so schlimm, dass Sie keine weiteren Überwachungsmaßnahmen mehr brauchen.“

erläuterte der bayerische Landesbeauftragte für Datenschutz, Karl Michael Betzl. Hinter jedem einzelnen Handy befindet sich „ein gewaltiges Universum an Datenbanken“, die von dem Handy-Besitzer ständig Bewegungs-, Nutzungs- und Persönlichkeitsprofile erstellen und abspeichern. „Bei einer Demonstration auf dem Marienplatz

kennen wir sofort alle Teilnehmer, sofern sie ein eingeschaltetes Handy bei sich haben“, gab der Datenschützer dem Publikum zu verstehen. Der Mord an Rudolph Moshhammer machte deutlich, dass ein Täter seinen Standort über sein Handy zu erkennen gibt und so oft schnell geortet und gefasst werden kann.

So sehr das Handy sich auch zu einem technischen Allrounder mit vielen neuen Nutzungsmöglichkeiten weiterentwickelt – es bleibt dennoch eine Übergangstechnologie. Die Zukunft gehört der Multimediabrille, die einst



Hermann Maurer: „Die Zukunft gehört der Multimediabrille.“

das Minitelefon ersetzen wird. In ihre Gläser werden alle für den Brillenträger relevanten Informationen eingespiegelt, Stereolautsprecher befinden sich an den beiden Brillenbügeln und ein an einem Halsband getragenes Kehlkopfmikrofon ermöglicht das „Telefonieren“ mit anderen Multimediabrillenträgern. Erste Prototypen dieses „Universalkommunikators“ werden an der Universität Graz entwickelt, berichtete der dortige Dekan für Informatik Hermann Maurer in seinem futuristisch anmutenden Vortrag. Doch ob zukünftig alle Menschen zu Brillenträgern werden, bleibt abzuwarten.

Axel Schwanebeck
Michael Schröder
Hans-Martin Weichbrodt

Medienmacht und Machtmissbrauch

Wohin entwickelt sich die Wechselbeziehung zwischen Politik und Medien? Ist das System einer gegenseitigen Abhängigkeit, von der beide Seiten profitieren und am Ende der Fernsehzuschauer und Zeitungsleser verliert, gescheitert? Und wenn das so wäre: liegt die Ursache eher in einer fortschreitenden Medienkonzentration oder in der Ablösung von unabhängiger Berichterstattung durch die effiziente Öffentlichkeitsarbeit der Parteien? In der Diskussion mit Journalisten und Medienwissenschaftlern wurden die Tendenzen der jüngsten Vergangenheit diskutiert.

„Nutze Deine Macht nie aus, die Du als Journalist gegenüber Mitmenschen ausüben kannst. Nimm Dich als Person gerade dann zurück, wenn die Macht am verführerischsten ist.“ Dieser Satz stammt vom langjährigen Chefredakteur der Neuen Rhein/Neuen Ruhr Zeitung, Jens Feddersen, und war Ausgangspunkt für Michael Konkens Betrachtungen zum Tagungsthema. Konken ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes.



Michael Konken: Oftmals fehlende Distanz zwischen Journalisten und der Politik. Fotos: hmw

Politiker beschwerten sich, wenn ihre Interviews nicht gedruckt werden, sie beschwerten sich auch, wenn kritische Kommentare erscheinen und wenn Journalisten nicht in ihrem Sinn berichten. Einerseits benötigen Politiker die Medien, um in der Öffentlichkeit wahr-

genommen zu werden, andererseits reagieren sie ungehalten, wenn Journalisten ihren Auftrag gemäß Artikel 5 des

**„Nutze Deine Macht nie aus,
die Du als Journalist
gegenüber Mitmenschen
ausüben kannst.
Nimm Dich als Person
gerade dann zurück,
wenn die Macht
am verführerischsten ist.“**

Jens Feddersen

Grundgesetzes (Pressefreiheit) erfüllen. Neben der Vermittlung von Wissen und Information sei damit auch eine Mitwirkung an der öffentlichen Meinungsbildung verfassungsrechtlich abgesichert, so Konken.

Medium und Faktor

Das Bundesverfassungsgericht hat es im „Fernsehurteil“ und im berühmten „Spiegel-Urteil“ von 1966 auf den Punkt gebracht: Die Massenmedien sind zugleich „Medium und Faktor bei der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung“. „Die Presse beschafft Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung.“ Problematisch erweise sich allerdings die oftmals fehlende Distanz zwischen Journalisten und der Politik. Die Objektivität müsse bei aller verständlichen Suche nach Nähe und Exklusivität auf jeden Fall gewahrt bleiben.

Am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2002 analysierte der Hohenheimer Medienforscher Frank Brettschneider die damalige Medienberichterstattung. Mit umfangreichen empirischen Daten zeigte er, wie wichtig ein effizientes Themenmanagement für den Erfolg im Wahlkampf ist.

Dagegen zeigte er am Bundestagswahlkampf 2005, wie ein schlechtes Themenmanagement sogar den sicher geglaubten Sieg kosten kann. Das Thema Steuerpolitik und die damit verbundenen Konzepte von Paul Kirchhof wandelten sich im Lauf des Wahlkampfes von einem Hoffnungsträger zur Belastung für die CDU. Die Bedeutung von Meinungsumfragen



Frank Brettschneider zeigte am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2005, wie ein schlechtes Themenmanagement den sicher geglaubten Sieg kosten kann.

für Stimmungen in der Bevölkerung sei nicht zu unterschätzen. Hier käme den Medien eine große Bedeutung und Verantwortung zu. Mit seinen Untersuchungen widerlegte Brettschneider den von Ex-Kanzler Schröder gegenüber Journalisten erhobenen Vorwurf einer „Medienkampagne“ gegen ihn und die SPD.

Über die „Macht des Boulevard“ referierte der frühere Lokalchef der Münchener Abendzeitung, Rudolf



Schröck. Am Beispiel der BILD-Zeitung zeigte Schröck die wesentlichen Kennzeichen des Boulevardjournalismus wie Personalisierung, Emotionalisierung, Simplifizierung und Optifizierung. Früher sei der Begriff „Boulevardpresse“ eher negativ besetzt gewesen. Heute sei in fast allen Medien ein Trend zur „Boulevardisierung“ erkennbar.

Gespräche mit den Landtagsreportern Kassian Stroh (Süddeutschen Zeitung) und Uli Bachmeier (Augsburger Allgemeine) und dem stellvertretenden Politikchef des Nachrichtenmagazins Focus, Herbert Roßler-Kreuzer, rundeten das Programm ab.

Unabhängigkeit nicht preisgeben

Die Referenten waren sich einig, dass die zunehmende Verflechtung von Politik und Medien dazu führe, dass sich die Logik der Politik immer stärker an die Logik der Medien anpasse. Politische Veranstaltungen würden teilweise nur für die Medien inszeniert. Journalisten als Kontrolleure des politischen



Die Landtagsreporter Uli Bachmeier (links) und Kassian Stroh (rechts) gaben Auskunft über das Wechselspiel von Medien und Politik im Bayerischen Landtag. In der Mitte Tagungsleiter Michael Schröder.

Prozesses dürften ihre Unabhängigkeit nicht preisgeben.

Einblicke in das Zusammenspiel von Politikern und Journalisten und über die „Strippenzieher in Berliner Hinterzimmern“ gab der gleichnamige Film

von Julia Salden vom NDR. Die Journalistin gab Hintergrundinformationen zu ihren Recherchen und den zum Teil aufgeregten Reaktionen der von ihr für die Dokumentation interviewten Stars der Berliner Polit-Medien-Szene. ■

Hans-Martin Weichbrodt

Politische Akademie stand Pate für „Kritische Akademie Inzell“

Nur wenige Wochen vor seinem viel zu frühen Tode war Waldemar von Knoeringen am Freitag, dem 5. März 1971 letztmalig zu Gast in der Akademie für Politische Bildung, um sich mit dem Tutzingener Kollegium über das Modell einer „Kritischen Akademie“ zu beraten.

Bereits im Jahr 1970 hatte sich unter Regie der Kochler Georg-von-Vollmar-Akademie eine Studiengruppe aus Erwachsenenbildnern, Pädagogen, Gewerkschaftern und Architekten mit dem Konzept einer kritischen Akademie beschäftigt. Der Studiengruppe ging es vor allem darum, den Gedanken der kritischen Bewusstseinsbildung theoretisch zu erfassen und im Hinblick auf die (Anforderungen der) Erwachsenenbildung und ihre Möglichkeiten zu konkretisieren. Unter Hinzuziehung von Architekten waren

dabei zugleich auch Ideenentwürfe für das Modell eines modernen Akademiegebäudes entwickelt worden. Die konzeptuellen Vorarbeiten flossen ein in eine Denkschrift mit dem Titel „Die Kritische Akademie – Ein Modell“, die in Verbindung mit der Stiftung zur Förderung von Bildung und Erholung der Arbeitnehmer der Miederindustrie erarbeitet und dem obigen Gespräch zugrunde gelegt wurde. Daran anschließend war ursprünglich für den 11. September 1971 im Münchner Maximilianeum ein Kolloquium „Modell Kritische Akademie“ geplant, dessen Initiator niemand anderes als Waldemar von Knoeringen war. Aufgrund seines plötzlichen Ablebens musste zwar das Kolloquium verschoben werden, Knoeringens Ideen jedoch brachen sich bald schon Bahn.

Die konkrete Verwirklichung der Kritischen Akademie der Gewerkschaft Textil-Bekleidung begann mit dem Grundstückserwerb in Inzell im Jahre 1972. Die Grundsteinlegung erfolgte dann am 1. August 1974. Und der Gründungsleiter der Kritischen Akademie, Eckard Colberg, gehörte – und hier schließt sich der Kreis wieder – bis zu seinem Wechsel im Jahre 1976 dem Kollegium der Akademie für Politische Bildung an. ■

Steffen H. Elsner

Weitere Einzelheiten zur Geschichte der Kritischen Akademie unter: http://www.kritische-akademie.de/dh/grundlagen_01.html

Dem Raubtier auf die Zähne gefühlt

Turbokapitalismus contra Soziale Marktwirtschaft

Fast jede Woche füllen die Meldungen über Firmenübernahmen und die dadurch bedrohten Arbeitsplätze die Titelseiten der deutschen Presse. Findet ein Ausverkauf deutscher Unternehmen durch ausländische Fonds statt? Verhindern kurzfristige Gewinninteressen von Hedge- und Private Equity-Fonds eine solide Unternehmensstrategie und gefährden damit die Existenz deutscher Traditionsunternehmen? Werden damit wichtige Säulen der Sozialen Marktwirtschaft und ihre wirtschaftsethische Begründung demontiert? Dies waren die zentralen Fragen, die mit Wissenschaftlern, Kapitalmarktexperten, Medienvertretern und Gewerkschaftlern auf der Fachtagung diskutiert wurden*.

Rudolf Hickel von der Universität Bremen, ein ausgewiesener Kritiker der Globalisierung (siehe dazu auch den Bericht auf Seite 30), sah die Soziale Marktwirtschaft in einem gefährlichen Wandel hin zu einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Das ursprüngliche Ziel, mittel- und langfristig die Wertschöpfungsbasis der Unternehmung zu sichern, werde immer mehr durch die Orientierung an kurzfristigen Gewinnen und die Erhöhung des Börsenwertes („Share-Holder-Value“) mit negativen Folgen für den Arbeitsmarkt ersetzt.

Dem widersprach Rüdiger von Rosen (Vorsitz des Deutschen Aktieninstituts), der Deutschlands schwaches Wirtschaftswachstum und die hohe Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahre auch auf den vergleichsweise wenig leistungsfähigen Kapital- und insbesondere Aktienmarkt zurückführte. Dadurch werde Kapital zu wenig in neue innovative Bereiche gelenkt. Zwar habe sich die Zahl der Aktienbesitzer in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt, doch von einer tief verwurzelten Ak-

tienkultur wie in den angelsächsischen Ländern könne nicht gesprochen werden. Dies gelte auch für die Unternehmensseite, obwohl sich die alte „Deutschland AG“ (eine Verzahnung von Banken und Unternehmen) zugunsten einer stärkeren Kapitalmarkt-orientierung langsam auflöse.

Spekulationskapitalismus

Gerade diesen Trend bemängelte Hickel, denn es entstehe zunehmend ein „Spekulationskapitalismus“, der durch das Agieren von auf kurzfristig hohe Renditen ausgerichtete Fonds angeheizt werde.



Rüdiger von Rosen: wenig ausgeprägte Aktienkultur in Deutschland Fotos: ifo

Alexandra Krieger von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung schilderte im einzelnen, wie die Private-Equity-Fonds dabei vorgehen. Meist werde der Unternehmenserwerb nur zu einem geringen Teil aus Mitteln des Fonds, sondern vermehrt aus Krediten finanziert. Die hierzu neu gegründete

Gesellschaft kaufe über Darlehen die Zielgesellschaft auf, um dann mit ihr

zu verschmelzen. Mit dieser Technik wird Eigenkapital durch Fremdkapital ersetzt, um letztlich Vermögen aus dem Unternehmen abzuziehen. Dadurch entstünden gravierende Fehlansätze, denn die Investoren profitierten massiv, minimierten aber das eigene Risiko.

Würden Unternehmen durch eine solche Strategie insolvent, gingen erhebliche Vermögenswerte und Arbeitsplätze verloren. Wenn zum Zeitpunkt des geplanten Unternehmensverkaufs bereits die Zielrendite des Fonds durch

Private-Equity-Fonds

Erklärtes Ziel der von vermögenden Privatkunden, Pensionsfonds und Versicherungen gespeisten Private-Equity-Fonds (privates Beteiligungskapital) ist es, Unternehmen zu kaufen, aktiv umzustrukturieren und sie nach einigen Jahren wieder gewinnbringend zu verkaufen, oder – besonders gefährlich – in der Zwischenzeit Finanzmittel auf Kosten der Substanz des Unternehmens abzuschöpfen. Der Fall der früher florierenden Sanitärfirma Grohe ist hierfür ein besonders trauriges Beispiel. Die Private-Equity-Branche hat international alleine 2006 etwa 401 Milliarden US-Dollar akquiriert und sich langsam als ein „dritter Kapitalmarkt“ neben Krediten und Aktien etabliert. Der größte Einzelfonds erreicht nunmehr fast 30 Milliarden US Dollar. Mit solchen Summen werden zunehmend auch Großkonzerne gekauft (FAZ, 24.1.2007, S. 17). Solche Entwicklungen sind in Deutschland noch nicht zu beobachten, doch unterstützen die Fonds nach Meinung von Bernd Rudolph auch hier den Trend zu einer stärkeren Kapitalmarkt-orientierung.

*Eine Auswahl der Beiträge der Tagung wurde im ifo-Schnelldienst Nr. 21, 59. Jg., vom 10.11.2006 veröffentlicht.

Vermögensentnahme erreicht sei (Beispiel: Henkel-Chemie), dann wäre letztlich auch die Insolvenz des Unternehmens für den Fonds kein Verlust. In der Mehrheit der Fälle wird der Investor jedoch darauf achten, der aufgekauften Gesellschaft nur gerade so viel Vermögen aus dem Unternehmen zu entziehen, um einen rechtswidrigen, existenzvernichtenden Eingriff in das Gesellschaftsvermögen zu vermeiden.

Überlebenschance

Kritiker bezeichnen deshalb solche Private-Equity-Fonds als „Heuschrecken“, die über Unternehmen herfallen, sie kahl fressen, Arbeitsplätze vernichten und zum nächsten Opfer weiterziehen. Fondsvertreter wehren sich gegen solche „Verunglimpfungen“ und verweisen – trotz „schwarzer Schafe“ – darauf, dass sie größtenteils Unternehmen erfolgreich saniert und zukunftsträchtige Arbeitsplätze gesichert hätten. Für viele mittelständische Firmen, insbesondere ohne Nachfolger, seien solche Fonds zunehmend die einzige Überlebenschance.

Bernd Rudolph – Kapitalmarktexperte an der Münchner Universität – betonte, dass Fonds das „Corporate Governance“, also die Eigentümerkontrolle, stärken und Produktivitätsreserven in der Volkswirtschaft heben. Auch hätten die Fonds kein Interesse, die Unternehmen herunterzuwirtschaften, denn sie wollten sie ja gewinnbringend verkaufen.

Verzerrter Wettbewerb

Martin Hüfner, ehemaliger Chefvolkswirt der Hypo-Vereinsbank, machte deutlich, dass der ehemals hoch angesehene deutsche Banken- und Finanzsektor schwach aufgestellt und in den letzten 15 Jahren international zurückgefallen sei. So wurde die zweit- und drittgrößte Bank der Bundesrepublik von anderen Unternehmen (Allianz und die italienische Unicredit) aufgekauft. Dabei ist auch das früher so hoch gelobte Universalbankensystem keine deutsche Besonderheit mehr. Die Ursachen liegen für Hüfner weniger in Managerfehlern, die gab und gibt es in anderen Ländern auch, sondern viel-

mehr auch in der Deutschen Einheit, die das Engagement der Banken zu stark absorbierte. Letztlich seien hier starke Wertberichtigungen notwendig gewesen. Zudem habe der öffentliche Bankensektor, der in anderen europäischen Ländern erfolgreich umstrukturiert wurde und mit anderen Banken fusionierte, den Wettbewerb zuungunsten der deutschen Privatbanken verzerrt.

Dieter Wermuth erklärte als Berater und Teilhaber eines Hedge-Fonds die Bedeutung und Funktionsweise dieser Anlageform. Maßgeblich für den Erfolg eines Fonds sei es, die Interessen der Fondsmanager und Kapitalgeber möglichst in Einklang zu bringen. Deshalb werden die Manager am Erfolg beteiligt. Es winkten überdurchschnittliche Renditen (von 1990 bis 2005 ca. 16 Prozent), aber auch hohe Risiken: etwa 1000 Fonds werden jährlich geschlossen. Die Fonds diversifizierten die Anlagen und stabilisierten den Gesamtertrag von Portfolios großer Investoren. Wermuth räumte verschiedene Probleme ein (hohe Gebühren, hohes Risiko, mangelnde Transparenz, Risiken für internationale Finanzmärkte), doch seien die Fonds ein nicht mehr wegzudenkendes Anlageinstrument zur Kanalisierung der Ersparnisse in produktive und riskante Anlagen.

Globale Finanzkrisen

Eine entscheidende Frage in vielen Beiträgen war, inwieweit der Staat oder internationale Vereinbarungen und Institutionen regulierend eingreifen sollen, um Fehl- und Krisenentwicklungen zu vermeiden. Die Regulierungsfrage stellt sich zunächst bei den internationalen, teilweise hoch volatilen Finanzmärkten (Devisen, Derivate), deren Umsätze sich im letzten Jahrzehnt dramatisch erhöht haben. Die Vorwürfe gegen einen „ungezügelter“ Turbokapitalismus gehen dahin, dass

Hedge-Fonds

Solche Fonds – ursprünglich gegründet, um Vermögen und Werte in schlechten Zeiten abzusichern („to hedge“: absichern) – sind nunmehr vorrangig spekulativ in verschiedenen Bereichen (Wertpapiere, Devisen, Rohstoffe, Aktien) tätig und sie verfolgen verschiedene Strategien (Antizipation möglicher Kursentwicklungen, Fusionen, Konkurse, politischer Entwicklungen). Rund 9000 Hedge-Fonds verwalten etwa 1,4 Milliarden US-Dollar, also etwa 1,5 Prozent des Finanzvermögens der Welt. Für den deutschen Durchschnittsanleger dürften Hedge-Fonds schon deshalb nicht in Frage kommen, weil der Mindesteinsatz meist 250.000 US Dollar beträgt.



Hedge-Fondsmanager Dieter Wermuth räumte Probleme und Risiken ein.

Fonds für spekulative Attacken gegen nationale Währungen und für tiefe Wirtschaftskrisen in einzelnen Staaten und Regionen (u.a. Asienkrise) verantwortlich gemacht werden. In einigen Fällen bargen Fehlspekulationen – teilweise mit kriminellem Hintergrund (Beispiel LTCM-Fonds 1998) – sogar die Gefahr globaler Finanzkrisen mit verheerenden Folgen für die Weltwirtschaft in sich, die nur durch eine konzertierte

Aktion des internationalen Bankensystems abgewendet werden konnten.

Sowohl bei Private-Equity- als auch bei Hedge-Fonds entstehen Krisen vor allem dann, wenn der „Leverage“ (Hebel)-Effekt einsetzt. Dann könne man – so Rudolf Hickel – tatsächlich von einem „Turbo“ im Kapitalismus sprechen, denn mittels verschiedener Finanzmarktinstrumente würden aus einem Euro Realvermögen, beispielsweise vier Euro auf dem Finanzmarkt



bewegt bzw. Unternehmen über Kredite gekauft. Dadurch entstünden bedenkliche „Kreditpyramiden“, die ganze Finanzmärkte gefährden könnten. Während Hickel sich eher dafür ausspricht, den „Turbo“ durch staatliche Eingriffe zwar nicht abzuschaffen, aber doch deutlich zu verlangsamen, sehen andere die Bewegung an freien Kapitalmärkten (auch Finanzmärkten) als unverzichtbares Korrektiv für verfehlte Wirtschaftspolitik an.

Friedrich Sell von der Universität der Bundeswehr München kann deshalb nur wenige Vorteile in einer stärkeren Regulierung erkennen, zumal Zentralbanken durch An- bzw. Verkauf von Devisen die Märkte stabilisieren oder die durch Hedge-Fonds ausgelösten Krisen der Finanzmärkte auffangen können. Die „Tobin-Steuer“ für Devisenmarktumsätze – regelmäßig von Attac und anderen Globalisierungskritikern gefordert – ist nach Auffassung von Sell weder technisch (Probleme: Mehrfachumsätze, internationale Koordinierung) machbar, noch ökonomisch sinnvoll, denn sie belastet auch viele Kurssicherungsgeschäfte (bei Währungsfluktuationen). Hedge-Fonds sollten allenfalls durch bestimmte Standardregeln von hochris-

kanten Geschäften abgehalten werden. Für den Internationalen Währungsfonds (IWF) sieht Sell nur wenige zusätzliche Aufgaben. Die bestehenden Konsultationen könnten intensiviert und die Kreditkonditionen nach Maßgabe einer „guten“ Wirtschaftspolitik gestrafft werden.

Ungleiche Risiken

Für Private-Equity-Fonds ergibt sich nach Ansicht von Alexandra Krieger aus gewerkschaftlicher Sicht schon deshalb ein Regulierungsbedarf, weil für Arbeitnehmer Chancen und Risiken mit solchen Firmenübernahmen ungleich verteilt seien. Die Beschäftigten erbringen über Personalkosteneinsparungen und Mehrarbeit wesentliche Beiträge für spätere Gewinne, partizipieren aber nicht durch Lohnerhöhungen, sondern tragen vielfach das erhöhte Risiko eines Arbeitsplatzverlustes. Deshalb sei die Forderung nach einer Regulierung der Fonds und einer stärkeren Mitbestimmung berechtigt.

Kapitalmarktexperten wie Bernd Rudolph sprechen sich gegen solche Interventionen aus, denn trotz einiger „unschöner Begleiterscheinungen“ sollte eine Testphase gewährt werden.

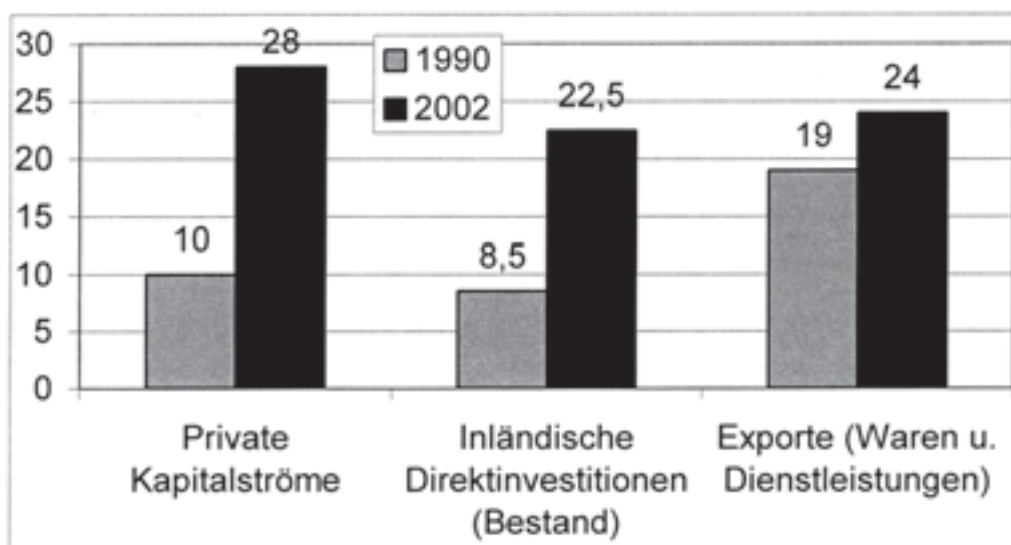
Zusätzliche Regulierung berge die Gefahr, dass solche Aktivitäten in eine Grauzone oder ins Ausland und somit letztlich zum Schaden Deutschlands abgedrängt würden.

Moral und Gewinn

Kann die Wirtschaftsethik in der gesamten Debatte um die Kurzfristigkeit des gewinnorientierten Handelns und der sozialen Verantwortung des Unternehmers weiterhelfen? Christoph Lüdtke von der Universität München sieht unter Wettbewerbsbedingungen die Gewinnorientierung von Unternehmen als „alternativlos“ an. Die ethische Qualität der Marktwirtschaft sei eine Systemleistung (Schaffung von Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum sowie daraus resultierende Steuern und Sozialleistungen), nicht jedoch Ergebnis der Handlungen Einzelner. Moral könne nur mit der ökonomischen Logik und nicht gegen sie implementiert werden: Versuche, den Wettbewerb paradigmatisch zu begrenzen, seien zum Scheitern verurteilt. Vielmehr gelte es, die Verantwortung des Einzelnen und seine Risiko- und Teilnahmebereitschaft am Markt zu stärken und damit eine „Sozialpolitik für den Markt“ zu gestalten.

Trends der Globalisierung

(Private Kapitalströme, Direktinvestitionen und Exporte in Prozent der Weltproduktion; Welt-BIP)



Quelle: World Development Indicators (Weltbank)



Marktwirtschaft am Ende?

Diese Denkrichtung geht davon aus, dass der Markt nicht „gebändigt“ werden sollte, um „sozial“ zu werden, sondern voll wirksam sein muss, um entsprechende Systemleistungen (u. a. Wachstum und Arbeitsplätze) zu erbringen. Dies schließt soziale Korrekturen nicht aus. Vereinfacht formuliert: Die Unternehmen sollen Gewinne produzieren, die Sozialsysteme können umverteilen. Einen ähnlichen Ansatz vertrat der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Münchau von der Financial Times, der die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland am Ende sieht. Sie reguliere zu viel und sei durch eine unsägliche Vetternwirtschaft im Unternehmenssektor gekennzeichnet. Die versuchte Abschottung von ausländischen Übernahmen kennzeichne dieses System, das im übrigen nicht viel sozialer sei als das angelsächsische.

Ausgeprägte Unternehmensethik

Diese Einschätzung provozierte Kritik bei vielen Teilnehmern sowie bei den Ko-Referenten, dem früheren Akademiedozenten Peter Hampe und dem ehemaligen Chefvolkswirt von BMW, Helmut Becker. Hampe kritisierte die Pauschalkritik an der Sozialen Marktwirtschaft, die im übrigen ein stark wettbewerbsorientiertes System sei. Man müsse schon genauer sagen, was man ändern wolle, bevor man einen gesamten Systemwechsel propagiere. Becker zeigte am Beispiel des größten und erfolgreichsten Automobilunternehmens Toyota eine Erfolgsgeschichte des Stake-Holder-Konzeptes (Eigentümer, Mitarbeiter, Management, Lieferanten), das sich dem „Share-Holder-Value“-Ansatz (im Vordergrund stehen die Aktienbesitzer) als überlegen erweise. Das Unternehmen arbeite auf Grundlage einer ausgeprägten Unternehmensethik, die Mitarbeiter und Konsumenten stark berücksichtige. Gewerkschaften seien in Toyota-Unternehmen allerdings nicht erwünscht; ein Konzept, das für Deutschland wohl auch schwer vorstellbar wäre. ■

Wolfgang Quaisser

Aus der Bibliothek:

Wörter zum Geleit Fundstück des Monats

In Bibliotheken stehen Bücher, viele Bücher. Damit diese den Weg ins richtige Regal finden – in der Fachsprache: Signaturvergabe – kennt das Personal einige Hilfsmittel: Titel, Inhaltsverzeichnisse, Einleitungen und Autorenhinweise. Nicht zu unterschätzen sind außerdem Vorwörter. Gewiss: Manche sind bisweilen so unendlich lang, dass der darin komprimierte Inhalt die Lektüre des eigentlichen Buches überflüssig macht. Manche erschöpfen sich in bloßen Danksagungen an akademische Lehrer, Eltern, Freunde und die halbe Welt fürs Korrekturlesen des Manuskripts. Und dann gibt es noch die alte Tradition des Grußworts, Vorwörter eigener Art, in der ein Schirmherr oder Geldgeber dem Werk eine möglichst große Verbreitung und interessierte Leser wünscht, sich mit wenigen, unverbindlichen Einlassungen begnügt und dann, nach kaum mehr als einer Seite, seine Unterschrift darunter setzt.

Ein solches Vorwort entstammt der Feder einer derzeitigen Ministerin. Die Zuständigkeit für Jugend muss besonders nachdenklich stimmen. Denn zumindest als Hausaufgabenhilfe hat sich besagtes Kabinettsmitglied, nebenbei mehrfache Mutter, völlig diskreditiert, ja man wird sogar sagen müssen, dass ihr einleitender Beitrag den Tatbestand jugendgefährdenden Schrifttums erfüllt. Was ist passiert? Die Ministerin hat versucht, eine empirische Studie – ihr Haus hat das Projekt gefördert – mit der Zierde eines Vorworts zu schmücken. Angefüllt ist der Beitrag allerdings mit der Breite eines Wortschatzes, bei dem jeder geübte wie ungeübte Vorwortleser das Gruseln lernt. Wer nach den 48

Zeilen nicht weiß, worum es geht, ist selber Schuld. Das Buch handelt vom „freiwilligen Engagement der Bürger“. Und damit der Sachverhalt nur ja nicht aus dem Blickfeld verschwindet, schreibt Frau Ministerin 22 Mal – in Worten: zweiundzwanzig – das Wort „freiwillig“ in ihren Text. Der Monotonie nicht genug: Sie quetscht sogar noch 27 Mal das Wort „Engagement“ in den mittlerweile eng gewordenen Platz.

Selbst wenn man über alle sonstigen Redundanzen den Mantel des Schweigens breitet, erschüttert die spezifische Dichte an Wiederholungen jeden Rest muttersprachlichen Empfindens. Farblich hinterlegt, entsteht ein so schauerlich-buntes Bild, dass einem unweigerlich die Augen tränen.

Nun weiß man, dass Amtsträger dieser Fallhöhe nicht viel Zeit haben. Deshalb dürfte der eigentliche Urheber des Traktats wohl ein talent- oder motivationsfreier Referent aus dem Ministerium gewesen sein. Ihm sei gesagt: Rund vier Millionen sind im Lande ohne Job – allein das verpflichtet zu einer anderen Arbeitsmoral! Auch der Beruf des Verlagslektors scheint inzwischen arg heruntergekommen. Und noch eine Einsicht verbindet sich mit der publizistischen Großtat: Dem Bürger muss schwindelig werden, wenn er sieht, worunter Regierungsglieder arglos ihre Unterschrift setzen. ■

Thomas Schölderle

Mehr politische Gestaltung gefordert

Gewinner und Verlierer – dieses Begriffspaar zog sich wie ein roter Faden durch eine Tagung zu Globalisierung und Arbeitsmärkten¹⁾. Wer sind die Gewinner oder Verlierer? Wie viele sind es jeweils? Und in welchen Regionen der Welt leben sie? Fragen nach Ursachen, Triebkräften und Wirkung der Globalisierung sowie der politischen Gestaltbarkeit angesichts globaler Finanzmärkte und globaler Wirtschaftsmacht prägten Vorträge und Diskussionen des Programms.

Vielfältige Indikatoren der Globalisierung sieht der frühere Akademiedozent Peter Hampe: Der internationale Handel hatte sich in den Jahren 1950 bis 1990 verzehnfacht; allein zwischen 1990 und dem Jahr 2000 ist er um 80 Prozent angewachsen. Die Wertschöpfungsketten sind aufgespalten: „Ein VW oder ein Porsche ist längst nicht mehr ‚Made in Germany‘“. Der extrem billig gewordene Transport von Waren, Dienstleistungen und Informationen rund um den Globus sei dafür ein Grund. Die internationalen Direktinvestitionen seien ab 1995 explodiert – allerdings sinke das globale Fusionsfieber seit dem Jahr 2000 wieder. Auch die internationalen Finanzmärkte hätten eine gigantische Steigerung zu verzeichnen. Der tägliche Durchschnitt im Devisenhandel liege bei rund 1500 Mrd. US-Dollar. Zum Vergleich: das jährliche Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik lag 2005 bei 2244 Mrd. Euro.

Neue Märkte und Konkurrenten

Die Liberalisierung des Welthandels und die voranschreitende weltweite Arbeitsteilung tun ihr Übriges. „Die Zahl der Mitspieler im globalen Wettbewerb hat sich durch den Zusammenbruch des Ostblocks und das Eintreten Asiens in die Weltwirtschaft dramatisch erhöht“, sagte Hampe. Das bedeute neue Märkte, aber eben auch neue Konkurrenten. Gleichzeitig sind

die Transport- und Telefonkosten weltweit gesunken, was zu einer Intensivierung des Wettbewerbs führe.

Der Bremer Volkswirt Rudolf Hickel, der den Standpunkt der Globalisierungskritiker vertrat, sah durchaus auch Vorteile der Globalisierung, verlangte



Rudolf Hickel forderte global gültige soziale und ökologische Standards. Fotos: Schröder

aber mehr politische Gestaltung. Weil er Gefahren für die Stabilität der Weltwirtschaft erkennt, fordert er Regulierungsvorschriften für die internationale Devisenspekulation. Viele Entwicklungsländer sieht er auf der Seite der Verlierer. Produktions- und Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel in China müssten überprüft und weltweit soziale und ökologische Standards definiert und durchgesetzt werden.

Hoher Interventionsbedarf

Für Hickel gehört Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung, weil in die Exportgüter immer billigere Vorprodukte eingebaut werden können. Die Konsequenz dürfe aber nicht lauten: Steuern und Löhne runter! Er will eine Qualifizierung der Arbeit und eine Stärkung und Unterstützung der Innovationskraft bei Erfindungen. Der deutsche Arbeitsmarkt habe eine zu hohe Zahl von Nichtqualifizierten. Deshalb sei auch die Hartz-IV-Politik ebenso falsch wie die Forderung nach dem aktivierenden Sozialstaat (siehe weiter unten die Ausführungen von Hans-Werner Sinn). Hickels Fazit: „Wir haben einen hohen Interventionsbedarf zur Rettung der Gesamtveranstaltung.“

Der Passauer Volkswirt Michael Pflüger lenkte den Blick auf die Arbeitsmärkte der Industrieländer. Für ihn ist Globalisierung kein Nullsummenspiel: ein Ausgleich der Faktorpreise bzw. Pro-Kopf-Einkommen auf den Weltdurchschnitt sei nicht zu befürchten. Unser eigener Lebensstandard sei im Wesentlichen hausgemacht und könne durch die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung noch erhöht werden. Pflüger sieht eine Reihe von Schutzfaktoren für die Industrieländer und ihre Arbeitskräfte im internationalen Standortwettbewerb: funktionierende staatliche Institutionen und Rechtssicherheit, die Infrastruktur, das Bildungssystem und funktionierende, stabile Märkte gehören für ihn dazu. Man könne Nischen besetzen und Spezialisierungen in Produkten und Dienstleistungen anbieten. Es sei offensichtlich, dass die Globalisierung die Reallöhne der qualifizierten und der nicht qualifizierten Arbeitskräfte erhöhe; die der Unqualifi-

¹⁾ Das Programm wurde in Kooperation und mit finanzieller Unterstützung der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und der Fachgruppe Geschichte/Sozialkunde Oberbayern des Bayerischen Philologenverbandes durchgeführt. Die Referate sind ausführlich dokumentiert in der Zeitschrift Forum Politikunterricht 3/06, die kostenlos über die Akademie zu beziehen ist.

zierten aber in geringerem Maße, so dass eine Lohnschere entsteht. Der Widerstand gegen den Strukturwandel und gegen die Lohnspreizung führe dazu, dass nicht die vollen Globalisierungsgewinne realisiert werden können. Wohlfahrtsverluste seien möglich.

Eine aktuelle Studie der Bundesbank zeige für Deutschland, dass durch die Direktinvestitionsbeziehungen mit dem Ausland keine Arbeitsplätze verloren gingen. Hier sei aber noch weitere Forschung nötig. Ferner gebe es



Michael Pflüger sieht eine Reihe von Schutzfaktoren für die Industrieländer und ihre Arbeitskräfte im internationalen Standortwettbewerb.

heute reichlich Klarheit über die starke Wirkung des Einsatzes von Computern und computergesteuerten Maschinen auf die Arbeitsmärkte und eine daraus folgende Lohnspreizung. Die Globalisierung schaffe Preis- und Wettbewerbsanreize für die Entwicklung des technischen Fortschritts, der eine Lohnspreizung zur Folge haben kann. Auch auf diesem Feld sei ebenfalls weitergehende Forschung angezeigt.

Der Präsident des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, erläuterte seine These von „Deutschland als Basarökonomie“ und vertrat sein Konzept eines aktivierenden Sozialstaats als Therapie der deutschen Krankheit. Die Bundesrepublik ist immer noch Vize-Weltmeister im Export. Das habe durchaus positive Seiten: „Der Werkzeugladen der Welt steht immer noch in Deutschland.“ 450 Weltmarktführer

kommen aus dem deutschen Mittelstand. 15 der 20 größten Messen der Welt finden in Deutschland statt. Aber: „Die Werkbank löst sich vom Tresen!“



Hans-Werner Sinn: Aktivierender Sozialstaat als Therapie der deutschen Krankheit.

4,6 Millionen Arbeitsplätze seien ins Ausland verlagert worden, davon allein 700 000 in die neuen EU-Länder Mitteleuropas. Die Wertschöpfung werde gehalten, aber die Beschäftigung breche weg. Seit der deutschen Vereinigung gebe es drei Millionen Industriearbeiter weniger in Deutschland. Die Stärke liegt immer noch im Handel – der Leistungsbilanzüberschuss beträgt 91,4 Mrd. Euro – aber nach Sinns Auffassung wird zu wenig investiert. Beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegt Deutschland im europäischen Vergleich auf den letzten Plätzen.

Sinn sprach sich gegen höhere Löhne aus, die angeblich die Kaufkraft steigern. Für ihn erzeugen sie Arbeitslosigkeit. Er plädiert für Lohnsenkungen, die die Firmen wettbewerbsfähig halten: „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: billiger oder besser werden.“ Weitere Elemente des Sinn'schen Erfolgsrezepts: längere Arbeitszeiten, Öffnungsklauseln für die Flächentarife, Frührente mit Hinzuverdienstmöglichkeiten und schließlich das Modell der aktivierenden Sozialhilfe: der Staat zahlt Zuschüsse auf Niedriglöhne, der Sozialstaat bleibe damit erhalten, koste aber weniger; und ein Mindesteinkommen sei auch gesichert und garantiert. Für Sinn ist dies der einzig politisch gangbare Weg in die Zukunft zwischen dem reinen Kapitalismus und dem überholten Sozialstaatsmodell der Gegenwart.

Zu viele Verlierer

Peter Nunnenkamp vom Kieler Institut für Weltwirtschaft wandte sich den Entwicklungsländern zu und sprach sich für differenzierte Grautöne bei der Analyse aus, „auch wenn sich die groben Schwarz-Weiß-Malereien besser vermarkten lassen“. Nunnenkamp sieht in der Kapitalflucht aus den reichen Industrieländern keine bedrohliche Dimension, andererseits ruhen in den armen Ländern auf den Direktinvestitionen zahlreiche Hoffnungen. Der Kieler Ökonom warnte vor übertriebenen Erwartungen: „Direktinvestitionen sind keine Patentlösung.“ Gleichzeitig



Peter Nunnenkamp: „Armut in den Entwicklungsländern ist kein Globalisierungsproblem.“

betonte er, dass die Armut in den Entwicklungsländern kein Globalisierungsproblem sei. Er bezeichnete es als Vorurteil, dass die Schere zwischen arm und reich immer größer werde. Richtig sei aber, dass es nur wenige Entwicklungsländer schaffen, die Einkommenslücke zu verringern: „Es gibt zu wenig Gewinner und zu viel Verlierer der Globalisierung“.

Es bestünden fundamentale Entwicklungshemmnisse und die traditionellen Lösungen reichten nicht mehr aus. Nunnenkamps Rezept, um die Zahl der Gewinner zu erhöhen: „Wir brauchen in den Entwicklungsländern bessere Eigentumsrechte, Zugang zu günstigen Kleinkrediten, mehr und bessere Bildung sowie eine Landreform.“ ■

Michael Schröder

Den Westen im Visier

Historiker machen eine Bestandsaufnahme der DDR-Spionage

Ist die Beschäftigung mit der Spionagetätigkeit der DDR ein alter Hut oder ein immer noch unzureichend erforschtes Stück Geschichte? Welche Erkenntnisse sind aus den Rosenholz-Dateien – einer Datensammlung der für Auslandsspionage zuständigen Abteilung (HVA) des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit – zu gewinnen? Wie lässt sich das Ergebnis einer unlängst in der Birthler-Behörde erarbeiteten Überprüfung der Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages in den frühen 70er Jahren auf Stasi-Kontakte bewerten? Gibt es überraschende Enttarnungen? Was bedeutet es, wenn Parlamentarier „abgeschöpft“ worden sind? Diesen und anderen Fragen gingen unter der Leitung von Jürgen Weber Historiker, Journalisten und Juristen bei einer Tagung nach.

Die Referenten legten die heutigen Erkenntnisse über die Aktivitäten der Staatssicherheit im „Operationsgebiet Westdeutschland“ dar, insbesondere auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Natürlich war für die Stasi nicht nur die Bundesrepublik von Interesse; auch in anderen Ländern verfügte sie über „Kundschafter des Friedens“, wie man Spione euphemistisch nannte. Wie die Stasi dort agierte und mit welchem Erfolg, wurde an einigen Beispielen neuerer Forschungen dargelegt. Ins Visier kamen im Südosten Rumänien, im Norden Finnland und Dänemark und im Westen die Niederlande.

Den Einführungsvortrag hielt Helmut Müller-Enbergs, einer der besten Kenner der Materie und Wissenschaftler in der Birthler-Behörde. Die einschlägige Forschung hatte sich in den vergangenen Jahren wegen der lückenhaften Quellenüberlieferung vor allem auf das West-Agentennetz der HVA, wie es Ende der achtziger Jahre bestand, konzentriert. Nachdem seit 2003 die Personen- und Vorgangskarteien sowie Statistikbögen der HVA für die Forschung freigegeben wurden, können nun auch ältere Spionagevorgänge besser rekonstruiert werden. In Kombination mit „Rosenholz“ bietet

die HVA-Datenbank „SIRA“ (System der Informationsrecherche der Aufklärung) die Möglichkeit, Interessensfelder der HVA deutlich zu benennen, die Leistungsfähigkeit der DDR-Spionage auch in Einzelfällen zu erkennen sowie inoffizielle Netze festzustellen. Sie enthält Datensätze über die Spionage der



Helmut Müller-Enbergs erläuterte die Hintergründe der „Rosenholz-Akten“.

Fotos: hmw



Bundesanwalt a.D. Joachim Lampe wandte sich gegen den Vorwurf der „Siegerjustiz“.

DDR ab 1969. Seit Ende 1998 beschäftigt sich die Birthler-Behörde mit ihrer Entschlüsselung. Die Datenbank besteht vorwiegend aus Statistikbögen und zwei Karteien. Die Statistikbögen enthalten die Registriernummer und die Decknamen der Inoffiziellen Mitarbeiter. Die beiden Karteien F16 und F22 enthalten die Klarnamen und die einzelnen operativen Vorgänge. Mit Hilfe dieser als „Rosenholz-Akten“ bekannt gewordenen Karteien lassen sich die in der SIRA-Datei gespeicherten Vorgän-

ge konkreten inoffiziellen Mitarbeitern zuordnen. Der Informationsfluss von einem bundesdeutschen Zielobjekt der DDR-Spionage über Agenten, Kuriere und Offiziere der HVA bis hin zum Endabnehmer im SED-Politbüro kann jetzt besser als bisher nachgezeichnet werden.

Da neben der HVA auch zahlreiche andere MfS-Dienstseinheiten an der „Westarbeit“ beteiligt waren, erweist sich das Thema als weitaus umfangreicher als ursprünglich angenommen. Es ging jedoch nicht nur darum, Strukturen der MfS-Westarbeit zu rekonstruieren. Sondern es sollte auch deutlicher herausgearbeitet werden, welchen Anteil die Westarbeit des MfS an der Herrschaftssicherung der SED hatte und wie die SED-Führung das geheime Wissen nutzte, das ihr die HVA und die anderen MfS-Abteilungen im Westen beschafften.

Wirtschaftliche Schäden

Einen Einblick in das Feld der Wirtschaftsspionage gab Sascha Rafalzik. Er beschrieb die Tätigkeitsfelder der Spione, die sich nicht nur auf das Abschöpfen und Ausspähen von Informationen aus großen Industriebetrieben beschränkten, sondern auch das Unterbieten westlicher Produktpreise, sogar teilweise bis unter die Produktionskosten, zum Gegenstand hatten. Wegen der ständig knappen Devisenlage und des technisch-wirtschaftlichen Rückstandes der DDR kam diesem Bereich besondere Bedeutung zu. Insbesondere wurden Informationen zu Kernenergie, EDV, Luft- und Raumfahrttechnik sowie Elektrotechnik gesammelt und ausgewertet. Es könne kein Zweifel bestehen, dass der Bundesrepublik Deutschland durch die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage erheblicher volkswirtschaftlicher Schaden zugefügt worden sei, meinte Rafalzik.

Juristische Aufarbeitung

Bundesanwalt a. D. Joachim Lampe stellte die Erkenntnisse und die Grenzen für die Nutzung der Rosenholz-Dateien durch die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe dar. Nach dem Fall der Mauer wurde das Spionagesystem der DDR juristisch aufgearbeitet. Bis 1998 leitete der Generalbundesanwalt rund 1500 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Stasi-Agenten ein. 66 Personen wurden zu Haftstrafen von mehr als zwei Jahren verurteilt. Da die Verjährungsfrist für DDR-Spionage schon 1995 abgelaufen war, konnten nur besonders schwere Fälle, die den Tatbestand des Landesverrats erfüllten, noch verfolgt werden. Weitere juristisch relevante Fälle dürften nicht mehr auftauchen.

Mit großem Aufwand hatte die Bundesanwaltschaft seit Anfang der neunziger Jahre gegen ehemalige DDR-Spione ermittelt. Insgesamt wurden gegen knapp 3000 westdeutsche Bürger Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dabei wurden die HVA-Karteikarten derjenigen Agenten ausgewertet, die zum Ende der DDR noch aktiv waren. Mitarbeiter des Generalbundesanwalts sahen zwar alle SIRA-Einträge durch, aber eröffneten nur noch einmal gut 20 Ermittlungsverfahren. Lampe verwahrte sich gegen den häufig von Unbelehrbaren zu vernehmenden Vorwurf der „Siegerjustiz“. Die verhängten Strafen seien zwar nicht übermäßig hart gewesen, hätten aber doch ihren Strafzweck größtenteils erfüllt.

Beatrice de Graaf beschrieb die blockübergreifenden niederländisch-ostdeutschen Kontakte von Kirchen und Friedensbewegung mit Fallbeispielen. Die Stasi lag auf der Lauer, und Dekonspiration – um einen Stasi-Begriff zu verwenden – bedeutete Ärger für die DDR-Bürger und oft Einreiseverbot für die Niederländer. Für viele Niederländer war es eine bewegende Zeit. Als die Hauptakteure von damals in die Diskussion gingen, war es, als ob die Zei-

ten des Kalten Krieges wieder auflebten. Die Diskussion zeigte, dass der Kalte Krieg zwar Geschichte, aber auch in den Niederlanden noch nicht aufgearbeitet ist.



Beatrice de Graaf: Geschichte des Kalten Krieges in den Niederlanden noch nicht aufgearbeitet.

Georg Herbstritt, Helmut Müller-Enbergs und Manfred Wilke diskutierten abschließend über die Wirkung der DDR-Spionage. Die DDR hatte während des Kalten Krieges eine intensive Spionagetätigkeit in ganz Westeuropa entfaltet. Unter den Agenten, die für die Staatssicherheit tätig waren, fanden sich weniger als erwartet in den

Spitzenpositionen von Wirtschaft, Gesellschaft, Militär und Politik. Viele dieser Personen arbeiteten dagegen sehr effizient an entscheidenden Positionen in den „Vorzimmern der Macht“.

Spekulationen um den Vorwurf, die Amerikaner hätten vorsätzlich Teile der Rosenholz-Dateien verfälscht, wollte sich Müller-Enbergs nicht anschließen. Es seien wahrscheinlich eher aus Unachtsamkeit oder Unkenntnis Informationen zurückgehalten worden, die aber auf Anfrage der Gauck-Behörde dann doch nachgereicht wurden. Was bleibt, sind Stasi-Verwicklungen, die kein Gericht mehr interessieren: Taten von Verstorbenen; Fälle von Landesverrat, die Jahrzehnte zurückliegen; Fälle von Spionage, für die Anfang der neunziger Jahre die Beweise fehlten.

Die Tagung vermittelte den aktuellen Forschungsstand zur Spionagetätigkeit der DDR gegen die Bundesrepublik und andere westliche Länder. Es wurde deutlich, dass noch viele Fragen ungeklärt sind. Was die Historiker noch alles zu Tage fördern werden, bleibt spannend. ■

Hans-Martin Weichbrodt



Zeichnung: Tomaschoff

Absage an eine Europäische Verfassung

Reflexionen von Bundesverfassungsrichter Di Fabio zum bayerischen Verfassungsjubiläum

„Verfassungen sind nicht sakrosankt gegenüber Veränderungen“, Neuorientierungen und Reformen seien nicht nur möglich, sondern auch nötig, sagte Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio beim Akademiegespräch im Landtag. Äußerst skeptisch beurteilte er die Notwendigkeit, eine europäische Verfassung neu zu schaffen und plädierte stattdessen für eine dynamischere Anpassung der europäischen Gesetzgebung.

Verfassungen „leben“ und sind durch Wandel und Zeitgeist herausgefordert, wobei die Grundsätze des demokratischen Rechtsstaates unverrückbar sein und notwendige Anpassungen, Änderungen und Neuschöpfungen sich daran

Oberreuter bezeichnete die Bayerische Verfassung, entstanden aus den Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Republik und in der Folge der nationalsozialistischen Barbarei, als „glückliche Schöpfung“. Eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne



Reflexionen zum 60. Geburtstag der Bayerischen Verfassung: Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Udo Di Fabio und Landtagspräsident Alois Glück (von links). Fotos: Schröder

orientieren müssen. Das war die Prämisse der Diskussion, vorgegeben durch den Landtagspräsidenten Alois Glück und Akademiedirektor Heinrich Oberreuter.

Das 60-jährige Jubiläum der Bayerischen Verfassung fällt in eine bewegte Zeit der Reformdiskussionen in Deutschland, speziell der Föderalismusreform und der Diskussion um eine eventuelle Neuschöpfung einer europäischen Verfassung.

Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen erzeugte „ein Trümmerfeld“, so steht es in der Verfassungspräambel.

Heute hätten Verfassungsbauer durchaus Schwierigkeiten mit einem derart bedingungslosen religiösen Bezug, meinte Landtagspräsident Glück und vertrat die These, dass kaum eine andere Werteorientierung diesen ersetzen könne. Bilanz und Perspektiven einer

Verfassung müssten verschiedene Faktoren berücksichtigen, wie die grundlegenden Veränderungen im Prozess der politischen Gestaltung, in den Medien und der öffentlicher Kommunikation, in sozialen Lebensformen und ökonomischen Standortbedingungen. Auch müsse die Frage gestellt werden, was die Landesverfassung an Voraussetzungen leistet, um Parlament und Regierung auf Landesebene handlungs- und durchsetzungsfähig machen zu können.

Oberreuter zeigte auf, dass es durchaus diskussionsbedürftige Formulierungen in der Bayerischen Verfassung gebe, sie weise „manch liebenswerte sprachliche Eigenheit“ auf. Beispielsweise dürfe das Schlagwort von der Stabilität nicht fehlinterpretiert werden, es sei eine Regierung auf Zeit nach Schweizer Vorbild gemeint. Und weiter: „Der Ministerpräsident muss zurücktreten, wenn er das Vertrauen des Landtags nicht mehr hat. Ob er es noch hat, bestimmt er selbst.“

Reformen nicht ständig reformieren

Auch Verfassungsrichter Di Fabio ist der Ansicht, dass die Kontinuität, für die Verfassungen stehen, nicht den Weg für Reformen versperren dürfe. Bayern habe als Freistaat eine spezielle Genese, doch das föderale Verständnis speise sich aus dem Geist der Demokratie und des bürgerlichen Selbstbewusstseins. Am Beispiel der Föderalismusreform habe sich gezeigt, dass ein gewisser Trend zur Zentralisierung mit einem „Erwartungssog zur nächsthöheren Entscheidungsebene“, der scheinbar mehr Kompetenz zuzutrauen ist, verbunden sei.

Wie die Länder ihr politisches Mitgestaltungsrecht nutzen, habe also viel damit zu tun „wie selbstbewusst und klug sie als einzelne Einheit agieren“.



Zentralisierungen haben aber eine „Zunahme der Gesetzgebung zu Folge“. Di Fabio plädierte dafür, die tatsächliche Wirksamkeit von Reformen über zwei bis drei Legislaturperioden zunächst auszutesten, bevor sie in der Verfassung festgeschrieben würden, um nicht Reformen ständig reformieren zu müssen. In Bezug auf eine Europäische Verfassung beantwortete er die Frage des Abends nach der Berufung dieser



Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio: „Europa ist eine zweckoperationale Gemeinschaft, die keineswegs nach einer Verfassung ruft.“

Zeit zur Verfassungsgebung mit einem leidenschaftlichen Nein: „Warum wird das ausgerechnet in unserer Zeit neu überdacht? Europa war und ist ein politisches Ziel – doch der Begriff der Verfassung erzeugt ein politisches Pathos, das nicht zum nüchternen Stil des europäischen Umgangs passt“, sagte Di Fabio.

So wichtig die Debatte darüber auch sei, entstanden sei zunächst „ein blutleerer Diskurs, der auf fatale Weise unpolitisch ist“. Und weiter: „Warum eine Verfassung, wo auch die Fortschreibung der europäischen Verträge möglich gewesen wäre?“ Europäer verstünden sich noch immer vorrangig als Bürger ihrer Regionen. In Deutschland war die Ratifizierung der europäischen Verfassung ohnehin umstritten – „was regelt dieser Vertrag an Neuem und Altem, was nicht auch durch Gesetzgebung möglich gewesen wäre?“ Di Fabio forderte, sich auf „eine Konstitutionalisierung des Weltrechts“ zu konzentrieren.

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio

Geb. 1954; 1970-1980 Kommunalverwaltungsbeamter in Dinslaken; 1982 Erstes, 1985 Zweites Staatsexamen; 1985-1986 Richter beim Sozialgericht Duisburg, 1986-1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. wissenschaftlicher Assistent am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn; 1988 Promotion in Rechtswissenschaften, 1990 Promotion in Sozialwissenschaften, 1993 Habilitation in Rechtswissenschaften; 1993 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Münster; 1993-1997 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Trier, dort 1994-1997 Direktor des Instituts für Umwelt- und Technikrecht; 1997-2003 Professor für Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte an der Universität München; seit 2003 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bonn; seit 1999 Richter des Bundesverfassungsgerichts (Zweiter Senat).

Zahlreiche rechtswissenschaftliche Veröffentlichungen, u.a. „Das Recht offener Staaten. Grundlinien einer Staats- und Rechtstheorie“ (1998), „Der Verfassungsstaat in der Weltgesellschaft“ (2001) und „Kultur der Freiheit“ (2005) sowie verschiedene Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen.

Unangemessenes Pathos

Zudem sei der Begriff der Verfassung nicht nur auf den Staat zu beziehen, die wirtschaftlich vereinheitlichte Basis Europas sollte den kulturellen und politischen Überbau ermöglichen. Eine Einheit Europas entstünde durch den Wettbewerb und durch innere Sicherheit. Er zitierte Ralf Dahrendorf, der die Meinung vertrat, ein Verfassungsvertrag lenke gar von den eigentlichen Problemen Europas ab und erzeuge unangemessenes Pathos. Der Verfassungsbegriff wecke, so Di Fabio, also Erwartungen und Hoffnungen, die so nicht erfüllt werden können. Es sei daher nicht der richtige Zeitpunkt, damit zu operieren.

„Europa ist eine zweckoperationale Gemeinschaft, die keineswegs nach einer Verfassung ruft.“ Verfassung bedeute Stabilität, aber auch Unbeweglichkeit – die „Europäische Union muss aber gerade beweglich sein und noch lernen können“. Institutionalisierte Beziehungen erklärte Di Fabio für „lernunfähig“. Wichtiger sei es eben „die vorhandenen Verträge in rascher Folge anpassen zu können“. Er schlug ein europäisches Mehrebenensystem vor: ein föderalistisch geprägtes, sozialstaatliches europäisches Modell. „Denn die Freiheit ist der Grundwert der Demokratie und muss auch in Europa unser Leitbild bleiben. Daher appelliere ich für ein freiheitliches Gefäß für eine freiheitliche Demokratie“, so der Verfassungsexperte. ■

Karin Siebert

Jahresbibliografien 2006

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Erinnerung als Fundament der Zukunft: Erfahrungen, Werte und Strukturen für eine europäische politische Kultur, in: Michael Braun et al. (Hrsg.): Europa im Wandel. Literatur, Werte und Europäische Identität, Sankt Augustin 2005 (Konrad-Adenauer-Stiftung), S. 45-63.

Die Länder und Landesparlamente im föderalen Gefüge, in: Michael Borchard/Udo Margedant (Hrsg.): Der deutsche Föderalismus im Reformprozess [Zukunftsforum Politik Nr.69]. St. Augustin 2006 (Konrad-Adenauer-Stiftung), S. 117-136.

Rebuilding Bridges: Transatlantic Political Culture Revisited (mit Saskia Hieber), in: Britta Waldschmidt-Nelson/Markus Hünemörder/Meike Zwingenberger (Hrsg.): Europe and America: Cultures in Translation, Heidelberg 2006 (Universitätsverlag Winter), S. 29-39.

Politikwissenschaft – eine alte, junge und etablierte Disziplin zugleich, in: Zeitschrift für Politik, 53. Jg., Heft 3/2006, S. 258- 71.

Systemtransformation, Diktaturerfahrung und Erinnerungskultur, in: Bernhard Löffler/Karsten Ruppert (Hrsg.): Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit. Festschrift für Winfried Becker, Köln/Weimar/Wien 2006 (Böhlau), S. 567-582.

Politische Bildung und freiheitliche Demokratie, in: Stephan Eisel (Hrsg.): 50 Jahre Bildungszentrum Schloss Eichholz. Die Geburtsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2006 (Konrad-Adenauer-Stiftung), S. 72-81.

Politische Bildung und freiheitliche Demokratie, Sankt Augustin 2006 (Konrad-Adenauer-Stiftung), 13 S.

Steffen H. Elsner

„Wir waren im wichtigsten Raum Bayerns“ – Ergebnisse der Schülerbefragung im Bayerischen Landtag, in: Forum Politikunterricht, Nr. 2/2006, S. 38.

Stefan Köppl

Italy's Constitutional Odyssey. Failed Attempts at Constitutional Reform in the 1980s and 1990s, in: Linda Risso/Monica Boria (Hrsg.): Politics and Culture in Post-War Italy, Cambridge 2006 (Cambridge Scholar Press), S. 223-239.

Verbände als Organisationen im Neokorporatismus: Philippe C. Schmitter, in: Martin Sebaldt/Alexander Straßner (Hrsg.): Klassiker der Verbändeforschung, Wiesbaden 2006 (Verlag für Sozialwissenschaften), S. 275-288.

(Mit Tobias Nerb): Verbände als Dialogpartner im kooperativen Staat: Gerhard Lehmbruch, in: Martin Sebaldt/Alexander Straßner (Hrsg.): Klassiker der Verbändeforschung, Wiesbaden 2006 (VS Verlag), S. 289-301.

Italien unter Berlusconi: eine Demokratie in Gefahr? In: Zeitschrift für Politik, 53. Jg., Heft 4/2006, S. 438-453.

Machtwechsel um Haaresbreite – die Parlamentswahlen in Italien vom 9./10.April 2006, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 37. Jg., Heft 4/2006, S. 746-763.

Dr. Saskia Hieber

Energiesicherheit in China, Stamsried 2006 (Vögel).

Rebuilding Bridges: Transatlantic Political Culture Revisited (mit Heinrich Oberreuter), in: Britta Waldschmidt-Nelson/Markus Hünemörder/Meike Zwingenberger (Hrsg.): Europe and America: Cultures in Translation, Heidelberg 2006 (Universitätsverlag Winter), S. 29-39.

China – regionale Großmacht oder Supermacht? In: Michael Piazolo (Hrsg.): Macht und Mächte in einer multipolaren Welt, Wiesbaden 2006 (VS Verlag), S. 107-139

Indien: Die älteste Demokratie Asiens, in: Michael Piazolo (Hrsg.): Macht und Mächte in einer multipolaren Welt, Wiesbaden 2006 (VS Verlag), S. 185-207

Dr. Wolfgang Quaisser

Die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland im Vergleich zu den östlichen Nachbarländern, in: Jürgen Weber (Hrsg.): Illusionen, Realitäten, Erfolge. Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit, München 2006 (Olzog), S. 221-236.

Wirtschaftliche Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Überdehnt sich die EU wirtschaftlich, institutionell und sozial? In: Bitburger Gespräche, Jahrbuch 2005/II: Zur Frage der Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, München 2006 (Verlag C.H. Beck), S. 141-151.

Arbeitsmärkte und Arbeitsmarktpolitik in den neuen EU-Mitgliedsländern – leidet Ostmitteleuropa an der europäischen Krankheit? (zusammen mit Michael Knogler), in: Ifo-Schnelldienst, 59. Jg., Nr. 7, April 2006, S. 31-34.

Dr. Jürgen Weber

Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945, 3. erweiterte Auflage, München 2006 (dtv), 406 S.

Illusionen, Realitäten, Erfolge. Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit (Hrsg.), München 2006 (Olzog), 304 S.

Einleitung, ebd., S.11-24.



Zeichnung: Liebermann

Gerhard Summer berichtet in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 20./21. Januar 2007 zum 50. Jubiläumsjahr der Akademie:

„Rationalität in der Mediendemokratie“

Das kleine Kraftwerk am Starnberger See

... Der Erfolg, die Wirkung des Instituts selbst lässt sich kaum bestimmen. Denn wie soll man den Effekt politischer Bildung eruieren, noch dazu wenn es weder in Deutschland noch international einen Vergleich zu dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt am See gibt? Die Akademie ist nämlich ein Unikat; das sagen alle, ob Oberreuter oder der einstige Mitbegründer und spätere SPD-Chef Hans-Jochen Vogel. Sie ist unabhängig und überparteilich. Sie verwaltet sich selbst, kontrolliert freilich von Kuratorium und Beirat. Und sie genießt die Sicherheit der staatlichen Finanzierung. Michael Schröder, einer der Dozenten, formuliert es so: „Heute käme keiner mehr auf die Idee, so etwas zu gründen.“ Sogar für die Ernennung der bisher drei Direktoren Felix Messerschmid (1958 bis 1970), Manfred Hättich (bis 1993) und Oberreuter (seit 1993) sind Ministerpräsident, Oppositionsführer und der Vorsitzende der Rektorenkonferenz gemeinsam verantwortlich.

50 Jahre Akademie – wenn es nach der Statistik geht, dann ist das eine Erfolgsgeschichte. Die Einrichtung, 1957 gegen den anfänglichen Widerstand der CSU zur Stabilisierung der jungen Demokratie begründet, hat bislang 220 000 Tagungsteilnehmer durchgeschleust. Allein 2006 waren es 6333. Multiplikatoren wie Lehrer oder Journalisten sind ihr Klientel. 50 Mitarbeiter hat dieses Institut, das zugleich Bollwerk der Theorie, Seminarhaus und wissenschaftliches Institut ist, darunter zehn Dozenten.

Zu den Seminarthemen gehören „Sport und Politik“ genauso wie das Politikerimage, das „Feindbild Globalisierung“, „Bayerns Weg in die Moderne“ und der „Konfliktherd Naher Osten“. Daneben

gibt es Akademiegespräche im Landtag und Fachkongresse in ganz Bayern, ferner Kulturabende und Ausstellungen im zuletzt für zwei Millionen Euro rundum erneuerten Tutzingener Haus.

Der Jahresetat der Akademie liegt bei 3,7 Millionen Euro. Und die Anstalt weiß sich gegen Kürzungen zu wehren, was auch damit zu tun hat, dass die Kuratoriumsmitglieder und der Direktor die Spielregeln der Politik kennen. „Oberreuter hat gute Drähte zu allen politischen Lagern“, sei eben nicht nur Stoiber-Vertrauter, „sondern kann auch mit Maget“, sagt einer der Dozenten. Zehn Prozent des Etats erwirtschaften die Tutzingener selbst. Oberreuter spricht schon mal von einem „Kraftwerk der Demokratie“. Und wenn es darum geht, die Existenzberechtigung seines Hauses in diesem Jahrtausend zu beschreiben, greift er zu großen Begriffen: Er nennt die „Verteidigung der Bildung“ und die „Rationalität in der Mediendemokratie“.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 20./21. Januar 2007:

Roter Baron mit Weitblick

Das ungebändigte Haar und dazu die akkurat gebundene Krawatte: Ein Foto aus späten Tagen verrät den domestizierten Revoluzzer. Vom „roten Baron“ zum überzeugten und überzeugenden Demokraten führte der Lebensweg des Waldemar von Knoeringen, der im vergangenen Jahr 100 Jahre alt geworden wäre. Sein Lebensmotto „Durch Bildung mündig machen“ hat er auch in Tutzing umgesetzt: Die Gründung der Politischen Akademie geht zum Großteil auf sein Konto. Nun wird er vom Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung mit einer Ausstellung gewürdigt, die seit

Karl Heinz Eisfeld, Vorsitzender des Akademie-Beirats, wiederum meint, das Institut müsse gegen die „Verschlagwortung der Politik“, gegen „Stimmungsdemokratie“ und „Reduktionismen“ angehen, also gegen die monokausale Erklärung eines Phänomens. Aber auf die Frage, was bei den Teilnehmern der zu 85 Prozent ausgelasteten Tagungen hängen bleibt, antwortet Oberreuter leicht säuerlich: „Die Tagungsteilnehmer erinnern sich an die Qualität des Essens.“ Das habe eine 20 Jahre alte Langzeituntersuchung ergeben, die er nur ungern zitiere. Nein, der Erfolg der politischen Bildung lasse sich kaum messen.

In Tutzing sind vergangenes Jahr 38 327 Essen gekocht worden. Aber laut Hans Maier, dem Vorsitzenden des Akademie-Kuratoriums, blieb es nicht bei kulinarischen Genüssen allein. Er glaube sehr wohl, dass die Bildungswerkstatt ihre Wirkung entfaltet, sagt er, wenn auch „oft in der Stille“. Maier kann Beispiele nennen: Der Begriff des Verfassungspatriotismus sei bei der 25-Jahr-Feier der Akademie geprägt worden – Jürgen Habermas habe ihn schlicht übernommen. ...

(Siehe Bericht Seite 3)

gestern in der Akademie in Tutzing zu sehen ist.

Der Sozialismus ist dem aus alten Adelsgeschlecht stammenden Waldemar von Knoeringen nicht in die Wiege gelegt. Das wissen auch die Genossen – und verpassen ihm den Spitznamen „der rote Baron“. Als solcher kämpft er schon in den 20-er Jahren gegen den aufkommenden Nationalsozialismus und muss 1933 aus Deutschland fliehen. Die frühen Kriegserfolge der Nazis zwingen ihn zu einer Odyssee durch ganz Europa, die in Großbritannien endet. Der Auf-

enthalt prägt von Knoeringen für sein Leben. Denn hier begreift er, dass die Deutschen einer gründlichen politischen Bildung bedürfen, um zu standhaften Demokraten zu werden.

Nach Kriegsende zurück in Bayern, macht sich von Knoeringen mit Feuereifer an die Umsetzung der im Exil gereiften Pläne. Bereits 1946 kann eine „Politische Bildungszentrale in der SPD“ ihre Arbeit aufnehmen. 1954 wird er zu einem der Architekten der Viererkoalition im Bayerischen Landtag. Das Gespann aus SPD, FDP, Bayernpartei und BHE bringt die Gründung der Politischen Akademie in Tutzing auf den Weg. Hier sollen die Bürger „durch Bildung mündig“ gemacht werden.

Von Knoeringen ist ein idealistischer Pragmatiker. Er hat Visionen, besitzt aber ein gerüttelt Maß an Realismus. In der Denkschrift „Mobilisierung der Demokratie“ richtet er sich 1966 gegen utopische Weltverbesserungsparen, aber auch gegen den autoritären Versorgungsstaat: Das Papier macht Furore. Was es langfristig bewirkt, erlebt Waldemar von Knoeringen nicht mehr. Er stirbt am 2. Juli 1971 in der Klinik Höhenried.

(Siehe Bericht Seite 11)

Christina Pannhausen berichtet im WDR 5 / Redaktion LILIPUZ-Kindernachrichten am 9. November 2006:

Zur Tagung „Kinderarmut in Deutschland“

Deutschland ist ein reiches Land. Es gibt eigentlich genug zu essen für alle, genug Ärzte und Krankenhäuser, alle Kinder können in die Schule gehen und wenn jemand gar keine Arbeit findet, bekommt er Hilfe vom Staat. Das ist in vielen anderen Ländern, zum Beispiel in Afrika, nicht so. Trotzdem gibt es auch in Deutschland immer mehr Menschen, die arm sind. Jedes siebte Kind in Deutschland wächst in Armut auf. In der bayerischen Stadt Tutzing sprechen Experten und Politiker darüber, wie man die Situation der Kinder verbessern kann. Einer der Experten ist Gerhard Beisenherz vom Deutschen Jugendinstitut in München. Ich habe ihn gefragt:

Wie zeigt sich Kinderarmut in Deutschland?

„Kinderarmut, gerade auch bei kleineren Kindern im Grundschulalter, zeigt sich heute an vielen Kleinigkeiten im Alltag. Kinder müssen zum Beispiel in der Schule heute schon

eine Reihe von Ausstattungsartikeln kaufen, kriegen sie nicht mehr einfach über die Schule gestellt, angefangen vom Malkasten über den Zirkel bis hin zu Bleistiften, was doch erheblich teurer ist, so dass viele Eltern aus den armen Familien Probleme haben, den Kindern diese Gegenstände zu kaufen, die dann oft auftauchen mit gebrauchten, alten oder sogar kaputten Schulgegenständen oder abgenutzten Büchern. Das fällt den anderen Kindern natürlich auch auf.“

Was müsste passieren, um den Kindern zu helfen?

„Man müsste zum Beispiel die Eintrittspreise für Schwimmbäder, die Tarife für die Verkehrsmittel, die Gebühren für Sportkurse so angemessen gestalten, dass auch Kinder aus diesen ärmeren Familien daran teilnehmen können, ohne dass die Eltern dafür zu Hause jetzt auf andere wesentliche Sachen, wie zum Beispiel in der Ernährung, verzichten müssen.“

Ralf Scharnitzky in der STARNBERGER SZ vom 29. Januar 2007:

Akademie muss sich über Zeitgeist hinwegheben

Tagung mit Zeitzeugen eröffnet Jubiläumsjahr der Akademie für Politische Bildung

... Mehr als 60 geladene Freunde und Förderer der Politischen Akademie waren zu der Tagung gekommen, in deren Mittelpunkt am Samstagnachmittag ein Zeitzeugengespräch über die Gründung der Tutzinger Akademie stand. Dabei schilderten die beiden Politiker Hildegard Hamm-Brücher (FDP) und Hans-Jochen Vogel (SPD) sowie Wilhelm Ebert (damals Präsident des Lehrerverbandes) ihren Einsatz in Zeiten der bayerischen Viererkoalition Mitte der 1950-er Jahre gegen den ka-

tholischen Konfessionalismus und für eine demokratische Bildungspolitik an den Schulen und bei der Lehrerbildung.

Ein Ergebnis dieses Einsatzes war die Gründung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, die von der Viererkoalition angestoßen und der nachfolgenden CSU-Regierung Ende 1957 umgesetzt wurde.

Die drei Podiumsteilnehmer empfahlen der Akademie für die Zukunft eine stärkere Öffnung für Schulen und eine

verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Die Grand Dame der FDP Hamm-Brücher: „Demokratie fällt nicht vom Himmel, sie muss täglich neu erarbeitet werden.“ Sie und Vogel rieten zudem, sich mehr mit anderen Akademien zu vernetzen. Hamm-Brücher: „Ein Verbundsystem ist überfällig.“ Direktor Oberreuter erwiderte, dass gerade in jüngster Zeit einige der Vorschläge bereits umgesetzt worden seien.

(Siehe Bericht Seite 6)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

9-4 2. – 4. März

Soziale Integration durch Bildung

Anforderungen an die Politik

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

10-1* 5. – 9. März

Die Macht der Bilder

Film im Unterricht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Jutta Gruber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

10-2* 5. – 9. März

Kulturen begegnen sich – Vielfalt als Ressource

Leitung: Angelika Klemenzen-Klebl/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

10-3 9. – 10. März

Sicherheit – ein deutsches Grundbedürfnis

Leitung: Jürgen Weber/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

11-1 12. – 14. März

Canada – North America's other half

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

11-2 14. – 16. März

Lern- und Spielplatz Computer

Medienpädagogische Fortbildung für Erzieherinnen und Erzieher

In Zusammenarbeit mit dem Studio im Netz (SIN)

Leitung: Michael Schröder/Hans-Jürgen Palme

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

11-3 16. – 18. März

Ökonomie als Triebfeder der Einheit? Der Traum vom Aufbau Ost

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung, Halle

Leitung: Wolfgang Quaisser/Joachim Ragnitz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53



Zeichnung: Mester

12-1* 19. – 23. März

Islamistischer Terrorismus – innenpolitische und internationale Herausforderungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

12-3 21. März

Die Jugend: Zeitgeist und Wertorientierungen

Akademiegespräch im Landtag

Vortrag von Dr. Thomas Gensicke, Infratest Sozialforschung, München

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

12-6* 24. – 28. März

Deutsch-russische Historikerkonferenz

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

13-1* 26. – 30. März

Die Europäische Union

Zukunftsperspektiven zwischen Erweiterung und Vertiefung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Eva-Maria Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

16-1* 16. – 18. April

Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen für Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung am Gymnasium

Leitung: Jürgen Weber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

16-3* 16. – 18. April

Zur Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen am Gymnasium

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

16-4* 18. – 20. April

Grundfragen der politischen Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen an der Realschule

Leitung: Karl-Heinz Willenborg/Siegfried Münchenbach/Alexander Ohgke

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

16-5 20. – 22. April

Thomas Mann – Die Deutschen und die Politik

Leitung: Heinrich Oberreuter/Ruprecht Wimmer

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

17-1* 23. – 27. April

Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser/Günter Grunick

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

17-2 23. – 27. April

Nachhaken und durchblicken – Recherchetraining für Volontäre

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Mai

18-1 4. – 6. Mai

Europa auf der Suche nach sich selbst

50 Jahre europäische Integrationspolitik

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber/Stefan Köppl/Wolfgang Quaisser/Harald Geiss

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

19-1* 7. – 11. Mai

Der asiatische Raum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber/Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

19-2* 7. – 11. Mai

Ethik in der Kollegstufe: Soziale und politische Dimensionen von Glück

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Miriam Wolf/Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

20-1* 14. – 16. Mai

Wirtschaftliche und soziale Konsequenzen der Globalisierung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

20-4 14. – 16. Mai

Konflikte und Kriege in der internationalen Politik

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber/Harald Geiss

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

20-2 18. – 20. Mai

Politik und Medien – eine komplexe Beziehungskiste

In Zusammenarbeit der Hochschule für Politik (HfP)

Leitung: Michael Schröder/Michaela Scheicher

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

20-3 18. – 20. Mai

Lust an der Katastrophe?

Medien – Manipulation – Massenhysterie

In Zusammenarbeit mit der LAG Film Bayern

Leitung: Michael Schröder/Walter Stock

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde zum Vorsitzenden des Kuratoriums der Europäischen Akademie München gewählt. In Pittsburgh diskutierte er bei der German Studies Association über Geschichtsbilder und Erinnerungskultur. In Peking sprach er auf einer deutsch-chinesischen Fachtagung über Ziele und Umsetzung von politischen Reformen, in Landshut über Herausforderungen an die Volksparteien und Zukunftsprobleme der CSU. In Maria Laach leitete er eine Tagung über grundsätzliche und weltpolitische Herausforderungen und referierte über die Grundsatzdiskussion in den großen deutschen Parteien. In Warschau nahm er an Podiumsdiskussionen über die Zukunft Europas und über die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit teil, im Landtag an einer Diskussion zum 60. Jubiläum der Bayerischen Verfassung. In Berlin moderierte er eine Veranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen.

BEIRAT

Prof. Dr. Dr. Peter Beer, seit dem Herbst 2006 Leiter des Katholischen Büros in Bayern und Honorarprofessor für Religionspädagogik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Benediktbeuern, ist als Nachfolger von Prälat Dr. Valentin Doering neues Mitglied im Beirat.

Prälat Dr. Valentin Doering wurde von Landtagspräsident Alois Glück mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold ausgezeichnet. Wir danken Prälat Doering für seine engagierte Mitarbeit im Beirat.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber referierte an der Führungsakademie der Bundeswehr über Chinas Ressourcen- und Energiepolitik und an der NATO-Schule über „Security Trends in China“. Auf der Tagung des Bund Neudeutschland in Maria Laach sprach sie über das politische und wirtschaftliche Bedrohungspotential Asiens. Eine Einführung über Chinas Wirtschafts- und Energiepolitik hielt sie an der Universität München im Zuge der Ringvorlesung „Politik und Geschichte Ostasiens“; im Wintersemester 2006/07 hatte sie einen Lehrauftrag über Chinas Außen- und Sicherheitspolitik.

Stefan Köppl analysierte die aktuelle politische Lage Italiens bei der deutsch-italienischen Wirtschaftsvereinigung Hamburg. Über Grenzen und Möglichkeiten einer Mediokratie referierte er in Passau. Auf der Drei-Länder-Tagung von DVPW, ÖGPW und SVPW in Wien hielt er zwei Vorträge zum Wandel der Demokratie in Italien.

Dr. Wolfgang Quaisser hielt auf dem 10. Europaforum des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik einen Vortrag zum Thema „Grenzen und Aufnahmefähigkeit der EU – Ökonomische Aspekte“.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing